

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M., Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

## Zur Enzyklika über den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager.

Der seit Jahren von einer kleinen Gruppe von Akademikern im katholischen Arbeiterlager genährte Streit über die Form der gewerkschaftlichen Organisation und die zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter einzuschlagenden Wege scheint noch immer nicht zur Ruhe kommen zu sollen. Unsern Lesern ist noch in frischer Erinnerung, wie im Anschluß an die bekannten Pfingsttelegramme an die Verbände der katholischen Arbeiter der Streit aufs neue auflebte. Sie Berlin suchte sich damals wieder einmal mit Berufung auf die geistliche Autorität als die einzig und allein für katholische Arbeiter in Frage kommende gewerkschaftliche Organisation hinzustellen und schloß eine angebliche mündliche Unterredung in einer Weise gegen unsere Bewegung aus, daß unsere christlichen Gewerkschaften sich zu einer deutlichen Protesterklärung veranlaßt sahen. Der damals durch den Vorstand des Gesamtverbandes und die Vorstände der einzelnen Verbände präzipierte Standpunkt unserer Bewegung zu der Streitfrage ist mittlerweile durch den 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden in feierlicher Form vollinhaltlich bestätigt worden.

Neuerdings ist nun eine Enzyklika des Papstes an die deutschen Bischöfe veröffentlicht worden, die den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager schlichten will. Sie hat aber, wie sich schon wenige Tage nach der Veröffentlichung zeigte, den von weiten Kreisen erhofften Frieden nicht gebracht. Die Enzyklika wird von unseren offenen und stillen Gegnern in einer Weise ausgelegt und ausgedeutet, die uns zum Widerbruch zwingt. So brachte z. B. ein an der Saar erscheinendes Zentrumblatt, die mit „Sie Berlin“ sympathisierende „Saarbrücker Volkszeitung“, am 11. ds. Mts. einen längeren Artikel über die Enzyklika, wo es am Schlusse wörtlich hieß:

„Aus all dem ergibt sich, daß zwar gegen den bisherigen Beistand der christlichen Gewerkschaften nichts geschehen soll, diese vielmehr als zulässig gebühret werden sollen, daß sie auch für Katholiken nach wie vor in Gegenden, wo für die rein katholischen Organisationen kein Platz ist, in Betracht kommen sollen. Dagegen hat jede Weiterverbreitung der christlichen Gewerkschaften in katholischen Gegenden usw. zu Ungunsten der katholischen Organisationen unter allen Umständen zu unterbleiben. Ueberdies sind auch in jenen Gegenden, wo die christlichen Gewerkschaften bereits bestehen, für die aber im übrigen nach der Enzyklika rein katholische Arbeitervereine in Betracht kommen können, solche rein katholische Organisationen ins Leben zu rufen, auch ohne Rücksicht darauf, daß dadurch in einer Diözese die einheitliche Organisation durchbrochen wird. Zweifellos wird die Enzyklika Wachstum und Entfaltung der rein konfessionellen Arbeiterorganisationen bedeutend stärken.“

Durch diese tendenziöse Ausdeutung des in Rede stehenden päpstlichen Rundschreibens versuchen gewisse Kreise an der Saar also schon, unsere Bewegung zugunsten der gänzlich bedeutungslosen Berliner Fachabteilungen zu schädigen.

Alles bisher Dagewesene auf diesem Gebiete wird aber in den Schatten gestellt durch den eigenmächtigen Kommentar, den der Berliner „Arbeiter“ in seiner Nr. 46 dem Abdruck der Enzyklika anhängt. Einem größeren Quantum selbstgefälliger Unmaßung sind wir noch selten begegnet. Wir lesen da u. a.:

„Die katholische Organisation hat bislang, wie eine reiche Erfahrung gelehrt hat, allen berechtigten Wünschen und Ansprüchen der Arbeiter in vollem Umfange, ja, in mancher Beziehung besser, als die gemischten, die Hirsch-Dunderschen oder die sozialdemokratischen Organisationen, selbst da genügen können, wo die Katholiken nicht nur nicht in der Mehrheit, sondern in ausgeprägtester Minderheit sich befinden; ja, sie sind gerade in den eigentlichen Diasporagegenden stark und groß geworden. Was in diesen möglich war und ist, sollte in den rein katholischen Gegenden oder in jenen, in welchen die Katholiken einen namhaften Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen, nicht möglich sein.“

Da die Gewerkschaften das Gebiet der Religion und Sittlichkeit direkt und indirekt berühren, so ist es nach der Enzyklika in keiner Weise zu billigen, wenn man in den eben erwähnten Gebieten gemischte Vereinigungen, d. h. solche, die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammensetzen, in Zukunft fördern und verbreiten wollte.“

Schon in unserer vorigen Nummer haben wir kurz nachgewiesen, daß es eine grenzenlose Sturerei ist, wenn Sie Berlin behauptet, mit seinen Fachabteilungen bislang allen berechtigten Wünschen und Ansprüchen der Arbeiter in vollem Umfange genügt zu haben und in Zukunft genügen zu können. Nach Ansicht des „Arbeiters“ wären jetzt ferner in allen Gegenden die katholischen Fachabteilungen zu fördern. Die christlichen Gewerkschaften hätten sich mit ihrem jetzigen Bestande untertänigst zu begnügen und damit auf den Aussterbeetat setzen zu lassen. Behn-

liche, zum Teil noch unverfrorenere Deutungen leisten sich, wie uns berichtet wird, die Berliner Agitatoren drauhen im Lande. In Illingen an der Saar soll nach einer Mitteilung an den „Beckknappen“ die Enzyklika bereits von der Kanzel herab gegen unsere Bewegung ausgenutzt worden sein. Ferner berichtet uns ein Augen- und Ohrenzeuge aus Berlin, daß dort in mehreren, am Buß- und Bettage abgehaltenen Arbeiterversammlungen durch die Redner von „Sie Berlin“ die Enzyklika so ausgedeutet worden sei, als wenn sie eine Verurteilung unserer christlichen Gewerkschaften bedeute.“

Wenn immer es sich um die Verdächtigung und Schädigung der christlichen Gewerkschaften handelt, zieht selbstredend auch die Sozialdemokratie mit „Sie Berlin“ an einem Strick. In der sozialdemokratischen Presse wimmelt es in den letzten Wochen nur so von Kraftprüchen und Abgeschmacktheiten. Da liest man z. B. „Gebulbete“, „bischöflich gebulbete und kontrollierte Gewerkschaften“, im „geistlichen Foch“, „unter der Fuchtel der Kirche“, „an der Kette der Hierarchie“ und wie die Tollheiten alle lauten. Der „Vorwärts“ bekundet dem Treiben der „Berliner“ seine unverhohlenen Sympathien bereits dadurch, daß er ein riesiges Anwachsen der sozialdemokratischen Gewerkschaften in katholischen Gegenden prophezeit und vor Freude in den Ruf ausbricht: „Es lebe Seine Heiligkeit der Papst!“

Auch das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes druckt in seiner letzten Nr. 47 die päpstliche Enzyklika nach der bischöflichen Uebersetzung im Wortlaut ab, mit der Begründung, daß sie „in der Gewerkschaftsbewegung in nächster Zeit noch eine wichtige Rolle spielen“ werde. Wie das Blatt sich „die wichtige Rolle“ denkt, geht aus dem vorausgeschickten „Kommentar“ hervor, der aus der Feder des satissam bekannten Spezialkorrespondenten Bs stammt. Dieser Volksblutsozialist und Christenfresser versucht sich ebenfalls in der Ausdeutung „der bedeutungsvollen Enzyklika“ — und die fällt natürlich so aus:

„Die Berliner werden frohlocken. Und die „christlichen“ Gewerkschaften? Sie wissen, . . . daß sie geschlagen sind.“

Da hat das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes natürlich wieder einen „Propheten“ zu Wort kommen lassen, der das Bech hat, daß immer das Gegenteil seiner Prophezeiung eintritt. Was die christlichen Gewerkschaften wissen und was sie vor allen Dingen tun, das darf er ruhig ihre Sache sein lassen. Vielleicht knüpft Bs. in den nächsten Tagen seine Ohren einmal auf und berichtet dann den Lesern der „Metallarbeiterzeitung“, daß die verhassten christlichen Gewerkschaften nach wie vor kreuzfidel weiter leben. Das Blatt des „Freie n“ Metallarbeiterverbandes aber, welches in bekannter „Objektivität“ sowohl programmatische Rundgebungen und Aufrufe der Sozialdemokratie, wie auch päpstliche Enzykliken im Wortlaut seinen Lesern zur Kenntnis bringt, wird letzteren wohl auch den Wortlaut des Protokolls des am 26. ds. Mts. in Essen tagenden außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongresses nicht vorenthalten. Das Blatt wird dann die von ihm berufsmäßig angezeifelte Mitteilung aus unserer Nr. 46 bestätigt finden, daß an den Dresdener Verhandlungen über den Gewerkschaftsstreit und den diesbezüglichen Beschlüssen auch durch die neueren Vorgänge nichts geändert wird.

Unsern Kollegen haben die Vorgänge der letzten Tage wieder gezeigt, wie die Gegner aller Schattierungen sich keine Gelegenheit entgehen lassen, zum Kampfe gegen unsere Bewegung auszuholen. Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn es nur geeignet erscheint, Mißtrauen und Verwirrung in die Reihen der christlichen Arbeiter zu tragen. Nicht nur „Berliner“ und Sozialdemokraten, sondern selbst Unternehmer, die selbst Mitglied eines interkonfessionellen Arbeitgeberverbandes sind, haben sich nicht geschämt, von katholischen Mitgliedern unseres Verbandes unter Hinweis auf die päpstliche Enzyklika zu verlangen, aus der christlichen Gewerkschaft auszutreten und den kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Selbst die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände pocht in einer an die deutsche Presse gesandten, tendenziösen Notiz über die Lohnbewegung der christlichen Metallarbeiter in Menden auf die päpstliche Enzyklika. Doch darüber wird an anderer Stelle das Nötige gesagt.

Durch diese und andere Treibereien gegen unsere Bewegung sollen sich unsere Kollegen in ihrer Weiterarbeit nicht beirren lassen. Unsere Bewegung geht nach wie vor in den alten bewährten Bahnen weiter. Auch in Zukunft sind für unsere Bewegung die auf unseren Generalversammlungen und Kongressen festgelegten Grund-

sätze maßgebend. Insbesondere ist und bleibt auch unser christlicher Metallarbeiterverband eine interkonfessionelle Organisation, in der die Anhänger beider christlichen Konfessionen sich gleichberechtigt miteinander und für einander gewerkschaftlich betätigen. Als Zentralorganisation werden wir auch nach wie vor überall dort unsere Ausbreitung suchen, wo es im deutschen Vaterlande Metallarbeit gibt. Ebenso bleiben wir wie bisher eine selbständige Arbeiterorganisation. Alle Berliner sozialdemokratischen und arbeitgeberverbändlerischen Auslegungen der Enzyklika, alle Angriffe gegen uns und unsere Bewegung und alle Widerstände bei der Agitation werden daran nichts ändern. Was weiter in dieser Sache gesagt werden muß, ist auf dem vom Ausschuß des Gesamtverbandes auf den 26. November nach Essen einberufenen

außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongreß gesagt worden, von dem wir nachstehend einen Teilbericht bringen.

Kollegen! Christliche Metallarbeiter! Stehen wir in alter, unverbrüchlicher Treue zu unserer Sache. Nicht nur das: Betrachte es jeder von uns als Ehrensache, den neuen Ansturm unserer offenen und geheimen Gegner mit einer Stärkung unseres Verbandes zu beantworten.

## Der außerordentliche Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Essen.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat zwecks öffentlicher Stellungnahme zu der durch die Enzyklika geschaffenen Lage auf den 26. November, vormittags 10 Uhr, nach Essen einen außerordentlichen Kongreß einberufen. Als der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Kollege Schiffer den Kongreß gleich nach 10 Uhr eröffnete, war der große Saal des städtischen Saalbaues in Essen voll besetzt. Ein Beweis, welches Interesse von der breiten Öffentlichkeit der Veranstaltung entgegengebracht wurde. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und der Begrüßung des Vertreters der österreichischen Kollegen, Abg. Kunschad, schlug Kollege Schiffer unter spontanem Beifall des Kongresses die Abstimmung eines Begrüßungsgramms an Sr. Majestät den deutschen Kaiser vor. 250 Delegierte sind anwesend.

Kollege Schiffer weist dann darauf hin, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes es angesichts der durch die päpstliche Enzyklika geschaffenen Situation für richtig gehalten habe, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen. In Dresden hätten wir noch erklärt, an den bisherigen Grundsätzen und der bisherigen Praxis festhalten zu wollen. Die katholischen Führer hätten dort ihren evangelischen Kollegen das Gelöbnis rückhaltloser Treue gegeben und dabei werde es selbstverständlich bleiben. Es bleibe beim alten. Der außerordentliche Kongreß sei deshalb einberufen worden, weil in der Öffentlichkeit fobiel an Kombinationen geleistet worden, daß es uns zweckmäßig schien, in dieser Situation unseren Standpunkt noch einmal klar und deutlich vor aller Öffentlichkeit darzulegen — selbst, wenn das unseren gehässigen Gegnern durchaus nicht in den Kram passe. Diese Leute, die von kirchlich bevormundeten Gewerkschaften reden und schreiben, würden selbstverständlich nicht auf ihre Rechnung kommen. Kollege Schiffer teilte dann noch mit, daß die Reichsregierung Wert darauf lege, auf dem Kongreß bekannt zu geben, daß ihr die päpstliche Enzyklika vor ihrer Veröffentlichung nicht vorgelegen habe.

Sodann erhält gleich Generalsekretär Kollege Stegerwald das Wort zu seinem Referat. Der Redner wird bei seinen Ausführungen wiederholt von lautem Beifall unterbrochen.

Redner schlägt dem Kongreß folgende Resolution zur Annahme vor:

**Resolution:**  
Die christlichen Gewerkschaften haben ihrerseits auf dem Dresdener Kongreß ihre Stellung zum Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager klar und entschieden festgelegt. Inzwischen ist ein päpstliches Rundschreiben an die deutschen Bischöfe ergangen, das sich mit derselben Frage befaßt und zu Zweifeln über die künftige Haltung der christlichen Gewerkschaften Anlaß gegeben hätte. Dazu erklärt der Kongreß:  
Der Beschluß des Dresdener Kongresses bleibt vollinhaltlich bestehen. Die christlichen Gewerkschaften halten unerschütterlich fest an den Grundsätzen, die seit jeher für ihre Bewegung maßgebend gewesen sind.

Den grundsätzlichen Teil des päpstlichen Rundschreibens zu erörtern, ist nicht Sache der Gewerkschaften. Die Zugehörigkeit zu den christlichen Verbänden wird in dem Rundschreiben den katholischen Arbeitern nicht verwehrt, sondern ausdrücklich gestattet. Damit ist die Hauptwaffe gegen ihre gewerkschaftliche Betätigung in unseren Organisationen unbrauchbar geworden.



In seinem praktischen Teil enthält das päpstliche Rundschreiben an mehreren Stellen Wendungen, die in weiten Kreisen als eine Unterbrechung der Entwicklung und Betätigung der christlichen Gewerkschaften ausgelegt werden. Insbesondere folgerte man daraus neben einer „Gebietsbegrenzung“, „eine fortgesetzte kirchliche Bevormundung“ unserer Bewegung in ihren gewerkschaftlichen Maßnahmen. Diese Befürchtungen sind durch die neueste Erklärung der Bischofskonferenz ausgeräumt. Der Kongress begnügt sich daher mit der Feststellung, daß in solchen Befürchtungen auch nach Grundrissen und Beschlüssen unserer Bewegung kein Anlaß vorliegt, und daß derartige in Deutschland zudem unüberwindliche Hürden nicht bestehen. Das Deutsche Reich weist keine rein katholischen Gegenden mit in sich abgeschlossener industrieller Entwicklung auf. Der vielgestaltige Wechsel des Wirtschaftslebens bedingt eine gewaltige unausgesprochene und unermessliche Mischung der Konfessionsangehörigen. Die Gewerkschaften und Tarifverbände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen müssen nach christlichen Regeln erfolgen und sehr zu ihrer Erleichterung auch nach Grundrissen und Beschlüssen unserer Bewegung sein einheitliches Wirtschaftsgebiet dar. Diese Verhältnisse fordern gezielte wirtschaftliche selbständige Gewerkschaften, die sich zentralistisch auf das ganze Reichsgebiet erstrecken und nur solche können gegenüber den strengen Arbeitgeberverbänden und der geschlossenen sozialdemokratischen Bewegung Einfluß und Bedeutung erlangen.

Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbsthilfe den selben Weg eingeschlagen, den vor ihnen alle anderen Erwerbstätigen gegangen sind. Sie behaupten die gleiche Selbstständigkeit wie die hunderte einflussreiche Syndikate und mächtigen Unternehmerorganisationen, wie tausende gewerkschaftlicher und bäuerlicher Genossenschaften, Bauernvereine, Innungen, Detaillistenverbände, Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamten usw. Genant betont wir: Die christlichen Gewerkschaften sind mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft; sie sind die einzige deutsche Gewerkschaftsorganisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat; sie sind nach deutschen Verhältnissen eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die internationale, christentumsfeindliche Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erlangt.

Im Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften wird aus allen diesen Erwägungen nichts geändert werden.

Wir arbeiten weiter wie bisher.

In der nun anschließenden Diskussion sprach u. a. namens unseres christlichen Metallarbeiterverbandes unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber. Die von dem einmütigen und lebhaftesten Beifall des Kongresses unterbreiteten Ausführungen werden wir im Bericht über den Kongress in der nächsten Nummer im Wortlaut bringen.

## Zur Generalausperrung in Menden.

Der Arbeitgeberverband von Menden versucht im Verein mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände die öffentliche Meinung über die Ursachen der Differenzen bei der Firma Schmölle u. Comp. irre zu führen. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, den wirklichen Hergang der Dinge, so wie sie sich abgepielt haben, noch einmal darzulegen.

Die Arbeiter der Firma Schmölle u. Comp. hatten entschlossen den gewaltig gestiegenen Kosten für alle Lebensbedürfnisse eine Regulierung der Löhne, Besserbezahlung der Ueberstunden, Samstags 5 Uhr Schluß und einige kleinere Wünsche beantragt. Doch die Firma lehnte es ganz entschieden ab, auf diese Wünsche einzugehen. Eine Kommission der Arbeiter versuchte mehrere Male, eine Einigung herbeizuführen, aber ohne Erfolg.

Um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Forderung um Erhöhung der Löhne berechtigt ist, gehen wir nachstehend eine Gegenüberstellung der Löhne bei der Firma R. u. G. Schmölle, deren Inhaber ein Bruder der Inhabers der Firma Schmölle u. Comp. ist, und der letzteren. Nach der Lohnklassenaufstellung waren in den einzelnen Lohnklassen beider Werke folgende Arbeiterzahlen verzeichnet:

	bis 1.20	bis 1.80	bis 2.70	bis 3.80	über 3.80	Gesamt
Jahr 1908						
bei R. u. G. Schmölle	12	20	32	88	228	381
bei Schmölle u. Comp.	14	30	46	118	169	377
„ 1909						
bei R. u. G. Schmölle	17	22	42	80	235	386
bei Schmölle u. Comp.	20	22	63	84	181	370
„ 1910						
bei R. u. G. Schmölle	7	21	34	78	260	388
bei Schmölle u. Comp.	23	28	63	95	200	409
„ 1911						
bei R. u. G. Schmölle	18	15	34	70	284	421
bei Schmölle u. Comp.	20	25	50	92	215	402

## Vom Radium.

(Von Dr. Heinrich Wiewenthal.)

### 2. Eigenschaften und Vorkommen des Radiums.

Das Radium konnte sich so lange hinter dem Radium verbergen, weil es mit diesem große Ähnlichkeit hat und es ist selbst, daß man bei der vielseitigen technischen Verwendung, welche die Verbindungen des Radiums haben (das reine Metall wird fast gar nicht verwendet) nicht früher auf die radioaktiven Eigenschaften aufmerksam wurde. In den ersten Jahren nach seiner Entdeckung studierte man das Radium nur an seiner Chlorverbindung, bis sich dann ergab, daß das Bromsalz einfacher herzustellen ist; beide, Chlorid und Bromid werden als weiße Kristalle oder Pulver gewonnen.

Das Radium best. seine Verbindungen haben scharf charakteristische Eigenschaften: Sie leuchten im Dunkeln und bei jeder Temperatur, sie entwickeln fortwährend aus sich heraus Wärme, so daß sie immer eine weit höhere Temperatur als ihre Umgebung haben; ferner haben sie sich von selbst fortwährend mit Elektrizität und so ist es wohl zu erklären, daß sie Wasser in seine Bestandteile zerlegen, unausgesprochen und ohne Zutritt irgend einer anderen Kraft. Sie färbten sich selbst und rufen auch Färbungen infolge chemischer Umsetzungen bei anderen Körpern hervor. Die Ausstrahlung umschließt, gradlinig sich fortplantender Strahlen, die dünnste Blei, Papier u. durchdringen, und eine photographische Platte schwärzen, wurde schon behauptet.

Auch ihre physiologischen Wirkungen haben Aufsehen erregt: Selbst ohne Berührung rötet das Radium die Haut wie bei einer Verbrennung, was die Salze einerseits ge-

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Firma Schmölle u. Comp. bedeutend mehr Arbeiter hat, die einen Lohn bis zu 3,80 M. verdienen, wie die Firma R. u. G. Schmölle, trotzdem sie durchweg weniger Arbeiter beschäftigt wie diese. Dagegen hat sie in der Lohnklasse über 3,80 M. bedeutend weniger Arbeiter wie R. u. G. Schmölle. Weiter sieht man auch daraus, daß die Hälfte ihrer gesamten Arbeiterschaft unter 3,80 M. pro Tag bekommt.

Den kleinen Fortschritt im Jahre 1911 gegen die abgelaufenen Jahre, hat die Arbeiterkraft der Tätigkeit der Organisation zu verdanken. Diese Erhöhung wird aber durch die Stelgerung der Lebensmittelpreise wieder weit gemindert.

Die abgelaufenen Forderungen sind ebenfalls berechtigt, weil sie nicht einmal an das heranreichen, was in anderen Städten ortsüblich ist.

Statt auf die Arbeiterwünsche einzugehen, stellt die Firma Schmölle u. Comp. die Sache so dar, als hätten die Arbeiter die Forderungen deswegen gestellt, weil unser Verband mit der Forderung um Wiedereinstellung des entlassenen Kollegen Koster nicht durchgebrungen sei. Das ist unrichtig.

Wahr ist, daß die Firma Schmölle u. Comp. nach der Beobachtung der Forderungsbewegung im Jahre 1911 den schon seit Jahren für die Menden Arbeiter auf allen Gebieten mit Erfolg tätigen Kollegen Koster nicht wieder einstellen wollte. Seit dieser Zeit war ihr Sinn und Trachten darauf gerichtet, sich dieses ihr verhassten Arbeiters zu entledigen. Den mehrfach besprochenen Fall Koster benutzte sie als Gelegenheit, um den Kollegen Koster aus Menden zu bringen. Befestigt sei aber zum wiederholten Mal, daß es der Arbeiterkraft der Firma Schmölle u. Comp. niemals eingefallen ist, die Wiedereinstellung Koster durch einen Streik zu erzwingen. Eine Kommission der Arbeiter hat lediglich gleich nach dem Vorfall die Betriebsleitung gebeten, doch nicht wegen eines so geringfügigen Vorfalls einen langjährigen, treuen Arbeiter einfach auf's Pflaster zu werfen. Dagegen ist in den Forderungen, deren Nichterfüllung die Arbeitslosigkeit nach sich zog, die Wiedereinstellung Koster mit keiner Silbe erwähnt. Alle entgegenstehenden Behauptungen sind unwahr.

Wie die Öffentlichkeit über die Firma Schmölle und Komp. denkt.

Ist daraus zu ersehen, daß die Tageszeitungen das Verhalten der Firma entschieden verurteilen; so wurde unter anderem geschrieben:

„Es ist ein wahrer Jammer um unsere aufblühende Stadt. Die Geschichte ist mal wieder angefangen bei der Firma Schmölle & Co. in Menden. . . . Bei allen Streitigkeiten, welche in den letzten Jahren zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstanden, ist immer der Herd des Feuers bei der Firma Schmölle & Co. zu suchen gewesen. . . .“

Wahr ist, daß die christliche Organisation der Arbeiter von jedem Arbeitgeber anerkannt werden muß, wenn er nicht als ein rückständiger Mann anzusehen ist, wahr ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigte Faktoren im Abschluß des Arbeitsvertrages sind, wahr ist, daß die Zeiten vorbei sind, in denen ein Arbeitgeber sagen konnte: Mit Organisationen verhandle ich nicht. Wer heute noch den alten Pöschelhandpunkt des Arbeitgebers vertritt und behauptet, nur mit dem einzelnen Arbeiter verhandle er, beweist nichts anderes, als daß er in den letzten Jahren auf sozialem Gebiete nichts gelernt und alles vergessen hat.“

Trotzdem also, wie oben geschildert, die Forderungen der Arbeiter durchaus berechtigt sind und das Verhalten der Firma Schmölle u. Comp. im höchsten Grade unmoralisch, arrangieren zu ihrer Unterstützung die Industriellen eine Aussperrung und verbreiten ein Flugblatt, in dem die Dinge auf den Kopf gestellt werden. In dem Flugblatt des Arbeitgeberverbandes wird behauptet:

„Die Firma (Schmölle u. Comp.) hat die Verhandlungen mit den Arbeitern nicht abgelehnt; sie hat im Gegenteil in mehreren Ausprüchen mit ihren streikenden Arbeitern die Antwort auf die Forderungen mitgeteilt und hat hierbei eine durchaus entgegenkommende Haltung gezeigt, allerdings vorher verlangt, daß die ganz unberechtigte Sperre seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes aufgehoben wird.“

Der Flugblattschreiber des Arbeitgeberverbandes fängt sich in seiner eigenen Schlinge. In der ersten Zeile schreibt er von Verhandlungen, die stattgefunden haben sollen, dann aber schreibt er sofort es haben mehrere Ausprüchen stattgefunden, wo Herr Schmölle den Arbeitern die Antwort auf die Forderungen mitgeteilt hat. Ausprüchen, in denen der Arbeitgeber einfach seine ablehnende Antwort erteilt, sind doch wohl nicht als Verhandlungen zu bezeichnen. Wie die fogen. Ausprüchen oder Verhandlungen, wie der Flugblattschreiber sie zu nennen liebt, sich abspielten, sei nachstehend geschildert.

Am Mittwoch, den 28. August ds. Jz., also vor Ausbruch des Streiks und der Verhängung der Sperre, ließen sich die von den Arbeitern gewählten 3 Kommissionsmitglieder bei der Betriebsleitung anmelden, wurden aber nicht von Schmölle, sondern vom Prokuristen Ratorb empfangen, der sich weigerte, die Eingabe

mit den Wünschen der Arbeiter entgegenzunehmen und sie auch nicht auf mündlichem Wege entgegennehmen wollte. Der anwesende Kassator der Firma gab dem Herrn den Rat, das Schriftstück doch anzunehmen; der Prokurist aber erklärte, er dürfe nichts annehmen und die Arbeiter müßten unverrichteter Sache ohne Verhandlung wieder abziehen.

Am anderen Tage (Donnerstag, den 29. August d. J.) haben sich die Kommissionsmitglieder nochmals durch die Obermeister Winterhoff, Schröder und Homberg anmelden lassen. Nach Rücksprache mit der Betriebsleitung teilten die Obermeister den Kommissionsmitgliedern mit, Herr Schmölle lehne es ab, von den Forderungen etwas zu bewilligen. Damit Herr Schmölle überhaupt Kenntnis von Forderungen erhielt, wurde ihm die Eingabe nebst einem Begleitschreiben durch unsere Ortsverwaltung Menden per eingeschriebenen Brief am Samstag, den 30. August zugesandt; dieser Brief ist nach Angabe der Firma am Montag, den 2. September dort eingetroffen. In dem Begleitschreiben war die Bitte ausgesprochen, einem der namentlich aufgeführten Kommissionsmitglieder bis Mittwoch, den 4. September abends Mitteilung darüber zu machen, ob die Firma gewillt sei, mit ihren eigenen Arbeitern oder mit den Vertretern des christlichen Metallarbeiterverbandes auf Grund der Eingabe zu verhandeln. Als auch hierauf keine Antwort erfolgte, reichten am Samstag, den 7. September 70 Arbeiter die Kündigung ein, worauf den übrigen durch die Firma gekündigt wurde. Später wurden die einzelnen Arbeiter nach der Organisationszugehörigkeit befragt und wer sich als nichtorganisiert bezeichnete, konnte mit eintägiger Kündigung weiterarbeiten.

Am Mittwoch, den 18. September, vor Ablauf der 14tägigen Kündigungsfrist, versuchten es die Arbeiter noch einmal, mit der Firma zwecks Verhandlungen in Verbindungen zu treten. Herr Schmölle bedeutete ihnen, daß er auf die Eingabe nicht eingehen würde, sie sollten einfach die Kündigung zurücknehmen und dies eventuell den Meistern mitteilen, es hätte seinen Wert, noch einmal zu ihm zu kommen.

Darauf teilte die Kommission am Samstag, den 21. September, dem letzten Tage der Kündigungsfrist, morgens den Meistern mit, daß die Arbeiter es ablehnten, die Kündigung bedingungslos zurückzunehmen, aber zu Verhandlungen bereit seien. Darauf erhielt die Kommission nachmittags die Anforderung, zu Herrn Schmölle zu kommen, wo er auf die Arbeiter einredete und sie zu bestimmen suchte, die Arbeit fortzusetzen, ohne aber irgendwelche direkten Zugeständnisse zu machen. Da die Arbeiter hierfür nicht zu haben waren, erklärte Herr Schmölle, daß er nichts bewilligen wolle, keinen Pfennig Lohn und auch sonst nichts. Auf diese diktatorische Erklärung sahen sich die Arbeiter gezwungen, die Arbeit niederzulegen.

Der Flugblattschreiber des Arbeitgeberverbandes wird das Verhalten des Herrn Schmölle doch nicht als Verhandlung oder gar als Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern bezeichnen wollen.

Nach Ankündigung der Aussperrung bemühte sich der Bürgermeister von Menden, Herr Dr. Overhues, um Beilegung der Differenzen. Er erreichte, daß einige Arbeiter, die sich Herr Schmölle selbst ausgesucht hatte, vortreten durften. Aber anstatt mit diesen Arbeitern zu unterhandeln, erklärte Herr Schmölle ohne Umschweife:

Er habe bereits vor 5 Wochen klar und deutlich genug gesagt, daß er über die Forderungen nicht verhandle und auch nichts bewilligen würde; und wenn es bis Weihnachten oder auch noch länger dauere, er würde von seinem Standpunkt nicht abgehen. Er sei auch jetzt noch der gleichen Meinung und habe keine Veranlassung sie zu ändern.

Am Freitag, den 8. November machte ein Bruder des Herrn Schmölle noch einen Versuch, im letzten Augenblick eine Einigung herbeizuführen, um die Aussperrung zu verhindern. An der Besprechung nahmen teil 5 Streikende, 5 Arbeitswillige der bestrittenen Firma 12 Arbeiter eines anderen Werkes und eine Anzahl Arbeitgeber. Wer aber nicht direkt an der Besprechung teilnahm, das war Herr Wollf Schmölle, der Inhaber der bestrittenen Firma. Zum Schluß wurde den Arbeitern ein Schriftstück ohne Unterschrift überreicht, welches anscheinend die Friedensbedingungen des Herrn Schmölle darstellen sollte und folgenden Wortlaut hatte:

1. Die Arbeiter werden mindestens zu denselben Löhnen wieder angenommen wie früher. Die Löhne sollen geprüft werden im Verein mit den Meistern und der Betriebsleitung.
2. Die Tagelöhne der jugendlichen Arbeiter und Gesellen werden wie bisher alle Vierteljahr geprüft und falls erforderlich, aufgebessert.
3. Ueberstunden werden möglichst vermieden, falls solche gemacht werden sollen, werden dieselben gemeinsam mit der Arbeiterschaft vereinbart.
4. Eine allgemeine Arbeitsordnung soll von den Mendenen Fabrikanten eingeführt werden.

fährlich macht, während sie andererseits gerade wegen dieser Eigenschaften ausgedehnte Verwendung finden. Kleine Lebewesen gehen in der Nähe von Radium ein und bei Krebs z. B., bei gewissen Mälern und bei Lupus des Naseninnern leisten die Salze gute Dienste. In der ersten Begeisterung hofften die Augenärzte, den Erblindeten, bei denen noch Netzhaut und Sehnerv gut erhalten sind, das Augenlicht durch eine Radiumkur wiedergeben zu können. Auch bei Gicht und Rheumatismus wendet man Radium erfolgreich an.

Erst Rutherford, ein jüngerer englischer Physiker, der sich, ähnlich wie die Curies, die Lösung der Geheimnisse der Radioaktivität zur Lebensaufgabe gemacht hat, fand nun, daß diese Strahlung nicht gleichartig ist, daß sie sich vielmehr aus drei verschiedenen Strahlarten zusammensetzt. Er nannte die verschiedenen Strahlen nach den Anfangsbuchstaben des griechischen Alphabets und fand, daß die Alpha-Strahlen den Hauptbestandteil ausmachen, ein sehr geringes Durchdringungsvermögen besitzen und sich in der Sekunde etwa 13 000 bis 26 000 Kilometer fortbewegen. Die Beta-Strahlen haben ein stärkeres Durchdringungsvermögen, ihre Fortbewegungsgeschwindigkeit schwankt zwischen 236 000 und 285 000 Kilometer pro Sekunde und sie sind im ganzen mit großen den Kathodenstrahlen ähnlich, die beim Durchdringen eines hochgradig elektrischen Stromes durch stark verdünnte Luft entstehen. Das höchste Durchdringungsvermögen zeigen die Gamma-Strahlen, die noch eine 1 cm. dicke Bleischicht durchdringen und den Röntgenstrahlen am nächsten verwandt sind. Infolge der Strahlung, die eine Abgabe von Wasserstoffgas bedeutet, erklärt natürlich die Substanz eine fortwährende, wenn auch sehr geringe Gewicht-

abnahme. Beim Radium tritt die Strahlung viel stärker als bei anderen radioaktiven Körpern auf. So z. B. 18 Millionen mal so stark als beim Uran.

Zu den Wundern des Radiums kommt noch ein weiteres, dessen Entdeckung gleichfalls dem Curie'schen Ehepaar zu danken ist. Eine Substanz, die sich in der Nähe radioaktiver Körper befindet, wird selbst radioaktiv, um allerdings diese Eigenschaft bald wieder zu verlieren. Diese übertragene, mitgeteilte Eigenschaft nennt man erregte oder induzierte Aktivität. Von den Radiumstrahlen geht sie nicht aus, das ist experimentell bewiesen, vielmehr ergab sich, daß das Radiumpräparat einen gasförmigen Stoff entwickelt, der die aktiven Eigenschaften überträgt, und den die Wissenschaft als Emanation bezeichnet. Diese Emanation entwickelt sich fortgesetzt aus den Radiumpräparaten und es ist auch gelungen, sie wie andere Gase zu kondensieren, man hat sie als feines Häutchen oder im reinen Zustande als flüssige Tröpfchen erhalten, das bei starker Abkühlung zu einer leuchtenden festen Masse wurde. Aber die Emanation bleibt nicht dieselbe, allmählich wandelt sie sich in einen anderen gasförmigen Stoff, der die Eigenschaften eines bereits bekannten chemischen Elementes, des Heliums zeigt, eine Entdeckung, die Ramsay und Soddy i. J. 1903 machten.

Das gasförmige Element Helium war schon im Jahre 1868 von dem Astronomen Janssen und von Lockyer im Spectrum der Sonne beobachtet worden, woher es auch seinen Namen (Helios = Sonne) erhielt. Später fand es William Ramsay im Gase und anderen seltenen Mineralien. Mit der Bildung des Heliums aus dem Radium wäre also die Theorie von den Elementen als Urstoffen, an



5. Ein Arbeiterausschuß ist inzwischen bei der Firma Schmölle u. Co. eingesetzt. Alle weiteren Wünsche betreffend der Betriebsrichtung werden durch diesen Ausschuß mit der Firma geregelt.

Der Arbeiterausschuß besteht aus mindestens 3 Mitgliedern der Arbeiterschaft. Für jedes angefangene Hundert neu hinzutretender Arbeiter wird ein neuer Vertreter gewählt.

6. Die über die Firma Schmölle u. Co. verhängte Sperre wird aufgehoben und die Arbeit freigegeben.

Die Arbeiter verlangten mehr Lohn, in dem Schriftstück wird ihnen bescheinigt, daß sie zum mindesten ohne Lohnverschlechterung wieder „angenommen“ werden sollen. Das ist kein Entgegenkommen, sondern eine Verleumdung der Arbeiter. Der Flugblattschreiber des Mendener Arbeitgeberverbandes kann also folgende Tatsachen nicht bestreiten:

1. Nicht die geringste Lohnerhöhung ist den Arbeitern bewilligt worden.
2. Eine Vollerhöhung der Löhne wurde ebenfalls nicht bewilligt.
3. Der Wunsch der Arbeiter um den 5-Uhr-Schluß an Samstagen fand auch keine Erfüllung.
4. Der während des Streiks von der Firma aus Arbeitswilligen gebildete Arbeiterausschuß kann, nicht das Vertrauen aller Arbeiter beanspruchen.

Den Arbeitern ist also nichts bewilligt worden. Daraus können alle Flugblätter, Broschüren u. d. d. Arbeitgeber nichts ableiten.

Die Lohnforderungen der Arbeiter würden nach einer Schätzung kaum 6—7000 Mark im Jahr ausmachen. Das ist eine Summe, die Herr Schmölle, der einer der höchsten Steuerzahler in Mendene ist, mit Leichtigkeit zu tragen in der Lage wäre. Es kommt noch hinzu, daß die Firma im Verlauf dieses Jahres ihre Produkte aus Eisen um 5 Prozent, die aus Messing und Tombak u. d. d. um 10 Prozent im Preise erhöht hat.

Anstatt den Arbeitern bei den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen eine kleine Lohnerhöhung zu gewähren, wird die Ausperrung verhängt, wodurch eine aufblühende Industrie- und Handelsstadt einen Stoß erhält, von dem sie sich nach Jahren vielleicht erst erholt. Herr Schmölle schädigt nicht nur sich selbst und die Bürger, sondern auch eine Anzahl Arbeiter, die vielleicht um ihre Existenz zu kämpfen haben. Diese hätten allen Grund, sich nicht von Herrn Schmölle ins Schlepptau nehmen zu lassen und ihm die Rastanten aus dem Feuer zu holen.

In dem angeführten Flugblatt wird weiter angegeben, daß die Versammlung des Arbeitgeberverbandes, in der die General-Ausperrung beschlossen wurde, hätten auch Vertreter des Verbandes der Fabrikanten-Bereine für den Regierungsbezirk Arnberg und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände teilgenommen und dem Mendener Arbeitgeberverband ihren Schutz zugesichert. Das ist zum mindesten sehr sonderbar. Sowohl bei der großen Ausperrung in Hagen-Schwelm, wie auch bei der letzten Werkschließung in Arnberg, so daß die Versammlung der Fabrikantenvereine für den Regierungsbezirk Arnberg, noch die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände sich in Verhandlungen eingelassen haben, und daß deswegen beiden Verbänden der Vorwurf gemacht werden muß, daß sie einer so schweren Maßnahme, wie die Ausperrung von ca. 3000 Metallarbeitern, auf Grund völlig einseitiger und, wie oben nachgewiesen, unrichtiger Information zugestimmt haben.

Die Schließung der Vorgänge, wie sie sich in Mendene abgezeichnet haben, müssen jeden gerecht denkenden Menschen zu dem Urteil bringen, nicht die Arbeiter sind die Schuldigen, auch nicht der christliche Metallarbeiterverband, wie es im Flugblatt des Arbeitgeberverbandes hinzustellen versucht wird.

Der Flugblattschreiber mag sich winden und drehen wie er will, die Verantwortung für die gewalttätige wirtschaftliche Schädigung des Mendener Industriebezirks durch die bereits vorgenommene Ausperrung und die beschlossene Generalausperrung fällt einzig und allein auf Herrn Schmölle zurück.

Die Arbeiter waren und sind zu jeder Zeit bereit, die Hand zum Frieden zu bieten, wenn ihnen entsprechenden Entgegenkommen gezeigt wird.

### Die Sozialdemokratie

Scheint keinen ferneren Wunsch zu haben, als daß die Arbeiter in Mendene unterliegen möchten; wenigstens läßt die Haltung des roten Zentralorgans, des „Vorwärts“, eine andere Deutung nicht zu. Dieses Blatt macht sich in seiner Nr. 272 vom 20. November die Behauptung des Unternehmers zu eigen, unser Verband hätte die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters gefordert. Das ist natürlich dummes Zeug, wie an anderer Stelle in dieser Nummer nachzulesen ist.

die man nahezu 300 Jahre fest geglaubt und auf der man das Riesengebäude der Chemie aufgebaut hat, in ihren Grundfesten erschüttert. Nach der beim Radium gewonnenen Erkenntnis ist man versucht, anzunehmen, daß zahlreiche bisher für Elemente gehaltene Körper nur das Zerfalls- oder Umwandlungsprodukt eines anderen Körpers sind. Die Frage, ob wir schließlich und letzten Endes zu einem Urelement kommen, aus dem sich die anderen Elemente gebildet haben, bleibt der wissenschaftlichen Forschung überlassen.

Das Helium ist aber nicht das einzige Umwandlungsprodukt dieser Emanation, man hat versucht, andere bekannte Elemente aus ihr zu gewinnen und die als Radium A, Radium B, u. d. d. entstehenden Umwandlungs- resp. Zerfallsprodukte genauer untersucht. Das schon genannte Polonium und das Radiumtellur zeigen große Ähnlichkeit mit Radium F, während man im Radium D eine dem Blei sehr ähnliche Substanz fand.

Zur Erklärung all dieser Erscheinungen mußte man mit der Unstabilität der Atome, in die man den Sitz der Radioaktivität verlegt, rechnen, man nahm an, daß die Umwandlung durch einen Zerfall der Atome entsteht. Bei dieser Atomzertrümmerung werden große Energiemengen frei, die sich dann als Wärme- und Elektrizitätserscheinungen äußern.

Radioaktive Stoffe kommen vielfach auf der Erde vor, wenn auch nur in außerordentlich winzigen Mengen. Außer in der schon genannten Pechblende oder dem Uranpfez, einem grünlich-schwarzen, wachartigen Gestein, das außer Uran, Blei und Thorium noch zahlreiche andere Metalle als Verunreinigungen enthält, findet sich Radium in zahlreichen Quellen, die wegen ihrer Heilkraft geschätzt sind. Die

Auf den ganzen Sermon des roten Blattes einzugehen, dafür liegt keine Veranlassung vor; festgestellt sei nur, daß der „Vorwärts“ mit seinem Gefährdungs- und Verleumdungsorgan, das Zentralorgan einer sogenannten „Arbeiterpartei“ sein will.

Die schärfste Jurisdiktion verdient aber folgende Flegel in dem angegebenen Artikel des Vorwärts:

„Was aber den christlichen Metallarbeiterverband betrifft, so ist man in den Kreisen der Arbeiter von der Taktik der Führer nicht sonderlich erant. . . . Aber der Kampf wäre für die Mendener Arbeiter nicht umsonst geführt, wenn er ihnen . . . bewies, daß der christliche Metallarbeiterverband zur wirklichen Vertretung der Arbeiterinteressen unfähig ist.“

Dieses gehässige Geschreibsel beweist wieder zur Evidenz, daß der rote Fanatismus eine objektive Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse nicht zuläßt. Wenn der „Vorwärts“ unfähige Arbeiterinteressenvertreter sucht, so kann er die massenhaft in seiner unmittelbaren Nähe finden. Das „Kreuzigt ihn!“ ist doch einer der gebräuchlichsten Kampfrufe der Genossen gegen ihre Führer. Wenn im roten Lager die Massen so einmütig hinter ihren Führern stehen wie die christlichen Arbeiter hinter ihren, dann können dort die unerquicklichen Diskussionen über das Kapitel „Massen und Führer“ nicht soviel Zeit in Anspruch nehmen, die besser angewendet werden könnte. Von einer unfähigen, niedrigen Gesinnung aber zeugt der letzte „Wunsch“ des roten Schmölle. Ratten Blutes geht die Sozialdemokratie über die Arbeiterinteressen zur Tagesordnung über — wenn nur den „verhassten Christlichen“ ein Ausgesprochen wird. Arbeiter, merkt euch, und gebt den roten Augen an allen Orten die rechte Antwort!

### Die Gesamtkündigung

Am Sonnabend, den 22. November in den Betrieben der dem Arbeitgeberverband angehörenden Firmen erfolgt, sobald am 7. Dezember annähernd 3000 Mendener Metallarbeiter auf dem Pflaster liegen. Die Aktion des Arbeitgeberverbandes ist aber keine einseitige. Ein Arbeitgeber hat wohl den Beschluß bekanntgegeben, ohne aber zu kündigen. Die Firma Feuerhake, die dem Arbeitgeberverband angehört und die eine große Anzahl Arbeiter beschäftigt, hat auch nicht gekündigt. Den nicht organisierten Arbeitern ist ebenfalls gekündigt worden. Nichts hat sie davor bewahren können; eine ernste Mahnung für die Arbeiter an allen anderen Orten, sich der Organisation anzuschließen.

Die Mendener Industriellen setzen also den dortigen Industriebezirk einer schweren Erschütterung aus, einzig und allein deswegen um die Firma Schmölle & Comp. in ihrem Herr-im-Hause-Standpunkt zu bestärken.

Die Berliner Kollegen befaßten sich in der am 23. Nov. abgehaltenen allgemeinen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin mit dem in der Mendener Metallindustrie tobenden Kampfe, der durch Unternehmerverbandsbeschlüsse am 7. Dezember weitere Ausdehnung und Verschärfung erfahren soll. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die von den Mendener Arbeitern gestellten Forderungen nur das enthalten, was in allen fortgeschrittenen Industrien unseres Vaterlandes längst in Geltung ist, beschloß die Versammlung, die kämpfenden durch außerordentliche Maßnahmen zu unterstützen. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die am 23. November tagende, gut besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des christlichen Metallarbeiterverbandes spricht den um zeitgemäße Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitern ihre vollste Sympathie aus und verpflichtet sich zur nachdrücklichsten materiellen und moralischen Unterstützung. Sie beschließt, daß zwecks Unterstützung der von der Ausperrung betroffenen nicht unterstützungsberechtigten Kollegen aus der Berliner Volkstasche 1500 Mark sofort abgesandt werden; ferner, daß zu gleichem Zweck für die Dauer des Kampfes jedes Mitglied pro Woche einen Beitrag von 20 Pf. zahlt.“

Die Versammlung fordert alle Ortsverbände des Verbandes auf, den ca. 3000 am Mendener Kampf beteiligten Arbeitern in gleicher Weise den Rücken zu stärken. Von der Mendener Arbeiterschaft erwartet die Versammlung, daß sie jeden Versuch der Unternehmung, der auf eine Zertrümmerung der Organisation hinausläuft energisch zurückweisen und bis zum letzten Mann treu in der Organisation ausharren.“

### Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände

berufenet unter der Überschrift „Zur Enzyklika des Papstes über die christlichen Gewerkschaften“ ein Rundschreiben an die Presse, welches sich mit der Metallarbeiter-Ausperrung in Mendene (Westf.) beschäftigt.

In der Notiz wird behauptet, die Ursache der Ausperrung sei darin zu suchen, daß der christliche Metallarbeiterverband von der Firma Schmölle u. Comp. in Mendene die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters verlangt habe. Als der

Verband mit dieser Forderung nicht durchgedrungen sei, habe er Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung usw. gestellt. Ferner seien von dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes in einer öffentlichen Arbeiterversammlung wichtige Tatsachen, — die Bewegung betreffend — verschwiegen worden, und das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes sei bestimmt aus agitatorischen Gründen.

Diese Behauptungen sind unwahr. Als der betreffende entlassen wurde haben einige Mitarbeiter die Werksleitung gebeten die Entlassung zurückzunehmen, weil der Mann schon lange Jahre dort beschäftigt sei. Der christliche Metallarbeiterverband hat keineswegs die Wiedereinstellung des entlassenen Arbeiters verlangt, das war unnötig weil dieser inzwischen anderweitige Beschäftigung hatte. Tatsache ist ferner, daß die Arbeiter längst eine Lohnerhöhung etc. wünschten. Auch reichen die Wünsche nicht einmal an das heran, was in anderen Städten längst ortsüblich ist. Daher ist es wiederum unrichtig, wenn die Hauptstelle behauptet, das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes sei bestimmt aus agitatorischen Gründen. Diese Behauptung wird übrigens von den Arbeitgeberverbänden bei jeder Bewegung aufgestellt, wodurch sie allerdings nicht an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

Direkt unwahr ist die Behauptung, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes habe in einem Referat wichtige Tatsachen verschwiegen. Vielmehr referierte dieser an der Hand eines den Arbeitern gegebenen Schriftstückes, welches die keinerlei Zugeständnisse enthaltenden Friedensbedingungen der Firma Schmölle u. Comp. darstellte, und wovon kein einziger Punkt verschwiegen worden ist.

Das Hineinziehen der Enzyklika durch die Mendener Arbeitgeber, was jetzt auch die Hauptstelle tut, ist zum mindesten sehr sonderbar. Die Arbeitgeberorganisationen handeln bei ihren Ausperrungen wodurch zehntausende Arbeiter brotlos gemacht werden, doch ganz bestimmt nicht nach den Grundsätzen der Liebe und Gerechtigkeit. Diese Grundsätze von denen in der Enzyklika die Rede ist, sind aber doch nicht nur für die Arbeiter da, sondern auch für die Arbeitgeber. An den Arbeitern und ihrer Organisation liegt es nicht wenn durch die Ausperrung der aufblühende Mendener Industriebezirk schwer geschädigt wird. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hätte anstelle die Ausperrung gützuheizen, entsprechend den Grundsätzen der Liebe und Gerechtigkeit, eine Verhandlung zwischen den Parteien mit annehmbaren Friedensbedingungen herbeiführen sollen. Die Arbeiter sind vor wie nach zu Friedensverhandlungen bereit.

### Woher kommt der schlechte Versammlungsbesuch?

Trotzdem unser Verband in den letzten zwei Jahren seine Mitgliederzahlen nahezu verdoppelt hat, wird da und dort auf Bezirkskonferenzen und Quartalsgeneralversammlungen noch immer über schlechten Besuch der Mitgliederversammlungen geklagt. Schreiber dieses hat in letzter Zeit versucht, die Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung zu ergründen. Einige Beispiele, wie es nicht gemacht werden soll, seien hier zu Ruh und Frommen unserer Ortsverbände angeführt:

Aus einer Ortsgruppe wurde mir berichtet, daß kein Interesse für Versammlungen mehr bestehe. Eine scharfe Agitation in den letzten Jahren habe fast alle organisationsfähigen Kollegen erfasst. Zu organisieren gebe es nicht mehr viel. Auf die Frage, ob man die Versammlungen auch genügend vorbereite, ob auch der Vorstand ev. unter Zuziehung der Vertrauensmänner die Tagesordnung vorher feststelle, meinte der Vorsitzende ganz naiv: „Wir haben doch fast jeden Monat einen Referenten. Dies ist den Mitgliedern bekannt, aber — sie haben kein Interesse, sie kommen einfach nicht.“ Nach weiteren Erkundigungen erfuhr ich, daß der Vorsitzende nur selten eine Vorstand- und Vertrauensmännerkonferenz abhalte. Der Kollege jammerte noch, daß er fast alles allein machen müßte. Das nicht zum Teil seine eigene Schuld ist? — Hätte der Kollege seine Sitzungen regelmäßig beibehalten sich Mitarbeiter erzogen, ich glaube, der Versammlungsbesuch wäre heute besser und der Vorsitzende hätte nicht über schlechten Versammlungsbesuch und mangelnde Mitarbeit zu klagen.

Ein anderes Bild: Der Vorsitzende einer anderen Ortsgruppe klagt, daß sich fast alle älteren Mitglieder von der Mitarbeit zurückgezogen haben. Die früher führenden Kollegen besuchten nur selten die Versammlungen; wenn es doch einmal geschähe, so meistens nur, um den jetzigen, hauptsächlich aus jüngeren Leuten bestehenden Vorstand zu kritisieren. Die

Sogar unsere Atmosphäre führt nachweisbare Spuren von Emanation. Trostlos ist es nur gelungen, ganz geringe Mengen Radiumsalz zu gewinnen, weil die Pechblende immer noch das einzige Ausgangsmaterial geblieben ist. Welchen Aufwand von Scharfsinn und Ausdauer die von den Curies gefundenen Herstellungsverfahren des Radiums erforderten, geht schon daraus hervor, daß sie mehrere Tonnen Pechblende verarbeiten mußten, um den winzigen Bruchteil eines Gramms Radium zu erhalten.

Daß infolge dessen der Preis der Salze und besonders der des reinen Metalls ein abnorm hoher war und immer noch ist, erklärt sich ohne weiteres. Wenn früher reines Gold oder Platin als Könige der Metalle und Diamanten als Fürsten der Edelsteine galten und dementsprechend bezahlt wurden, so lassen die Preise des Radiums alles dagewesene weit hinter sich zurück. Der tausendste Teil eines Gramms Radiumbromid, nicht etwa des reinen Metalls, kostet noch immer ca. 150 Mk. so daß ein ganzes Gramm des kostbaren Salzes mit der bestehenden Summe von 150 000 Mk. bezahlt wird. Joachimsthal gibt einem Beschluß der österreichisch-ungarischen Regierung zufolge keine Pechblende nicht mehr an das Ausland ab und der Radiumverkauf ist der Wiener Bergwerks-Verschleiß-direktion überwiesen.

Das Interesse an der Radiumforschung ging von Anfang weit über die Fachwelt hinaus und es kann nicht überraschen, daß kühne Unternehmer allerlei Hoffnungen zur wirtschaftlichen Ausnutzung der aufgeschöpften Energiemengen, zur Verwertung als Lichtquelle usw., an die radioaktiven Salze knüpften. Die Wissenschaft läßt sich dadurch nicht beirren, sie geht ihren mühsamen Weg weiter, unbefümmert um materielle Interessen, nur mit dem Ziel, die Wahrheit zu finden.

stärkste Aktivität zeigt eine altrömische Terme der Insel Rhia, ferner führen starke Emanation die Gasföner Quellen, die Bitterquelle in Baden-Baden, auch die Karlsbader- und Nauheimer Quellen sind emanationshaltig. Die bei Trinkkuren in den Körper eingeführte Emanation ist sowohl im Harn als auch in der Ausatmung nachweisbar; bei Baderkuren wird sie nur durch die Atmung, nicht durch die Haut aufgenommen. Auch Schlamm und Sinterablätze von Quellen führen Radium und andere radioaktive Stoffe, in der Erdbodenluft tritt es besonders in vulkanischen Gegenden auf; die Auswürfe des Aetna, die Vögel von Rhia, sind stark aktiv. Am meisten finden von den Eruptivgesteinen die Granite, Porphyre, Xenite und Pegmatite aktiv, während Magiagale, Diabase usw. nahezu zur Masse von 30 Kilogramm eingeprengt sind; hier hat man es mit Lagerstätten zu tun, die vielleicht einmal die Gewinnung größerer Mengen von radioaktiven Uranerzergängen gestatten. Besonders reich ist das Böhmische und sächsische Erzgebirge und zwar hat Joachimsthal das stärkste Vorkommen radioaktiver Erze. Wie schon erwähnt, wurde und wird das Uranerz, dessen Bergbau sehr alt ist, zu Uranfarben verarbeitet. Als Gangvorkommen trifft man Pechblende auch in Colorado, wo sie sich in Gold- und Silbererzen vorfindet. Die Koloniallagerstätten Schwedens bezeugen gleichfalls Uran, das man auf Radium zu verarbeiten gedenkt. Für eine fabrikmäßige Gewinnung kommt aber vor der Hand immer nur noch Joachimsthal, wo sich auch von der Uranfarben-Industrie noch massenweise alte Rückstände finden, in Betracht. Gegenwärtig bringt man die Produktion auf etwa 3½ Gramm pro Jahr, während man nach Ausarbeitung der Rückstände mit einer Jahresproduktion von nicht ganz 2 Gramm rechnet.



Folge ist, daß die Ortsgruppe stagniert. Warum? Weil einige führende Kollegen von der Bezirksleitung auf ihr ungesundes Sozialinteraktionswesen hingewiesen wurden. Das war der letzte Grund genug, um sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen, statt die Fehler einzusehen und die Sache vorwärts zu bringen.

Eine andere Ortsgruppe hält regelmäßig vor jeder Mitgliebertagung Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen ab. Die Versammlungen werden gut vorbereitet, aber von höchstens 10% der Mitglieder besucht. Auf den Versammlungen herrscht rege Diskussion. Man merkt, die Kollegen sind auf der Höhe. Besucher sind aber fast immer dieselben Kollegen. Selten, daß man neue Gesichter sieht. Einen fleißigen Vertrauensmännerversammlungsbesucher, der sich aber nicht an der Debatte beteiligen will, verweise ich kurz. Ich suchte ihn auf und fragte ihn, warum er nicht mehr zur Versammlung komme. Der Kollege antwortete, daß ihm die Versammlungen zu lange dauerten. Was wäre ja ganz schön und interessant, nur ein müßiges Versteckspiel; das sei der regelmäßige Punkt „Verschiedenes“. Wenn dieser Punkt von der Tagesordnung verschwindet, würden die Versammlungen rechtzeitig geschlossen werden können. Ueber den Punkt „Verschiedenes“ entspann sich dann eine lebhafteste Diskussion zwischen uns. Der Kollege, obwohl er sich niemals an der Debatte beteiligte, entwickelte nun Gedanken, die ich allen meinen Mitgliedern und Vorstandsmitgliedern zur Beherzigung empfehlen möchte. Der Kollege sagte, unter „Verschiedenes“ werden oft Angelegenheiten vorgebracht, die eine ganze Versammlung beschäftigen könnten. Deshalb erlaube ich die Versammlungen hierdurch eine Ausdehnung, die vielen Kollegen den Besuch verleidet. Wichtige Punkte sollten deshalb vom Vorsitzenden zurückgestellt werden bis zur nächsten Versammlung. Auch können viele Angelegenheiten schon vor der Monatsversammlung dem Vorstand gemeldet werden. Warum beharren so viele Kollegen wichtige Vorkommnisse bis zur Versammlung für sich? Besser ist es doch, wenn solche Angelegenheiten vorher im Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung geklärt sind. Gleich zu Anfang der Versammlung kann der Vorsitzende fragen, ob jemand noch einen Gegenstand auf die Tagesordnung wünscht. Geschieht das, so brauche er zum Schluß nicht alles mögliche mehr auszulassen. Um einen beschleunigten Vortrag entgegenzunehmen, würden die meisten Kollegen einem Antrag auf Schluß der Debatte gerne zustimmen, denn manche reden nur um der Rechthaberei willen. Auch würde der Eindruck eines schönen Vortrages nicht mehr durch den Punkt „Verschiedenes“ mit seinen endlosen Debatten verwischt werden, wo vielfach alles wie Kraut und Rüben durcheinander geworfen würde.

Diese Aussprache des Kollegen hat mich veranlaßt, verschiedene Versammlungen dem Punkt „Verschiedenes“ etwas nachzugehen. Und ich muß gestehen, manches aus der vorstehend wiedergegebenen Ausführungen des Kollegen habe ich bestätigt gefunden.

Nun zum Schluß noch ein Beispiel: Komme ich da in eine Versammlung meines Heimatortes. Jahrelang war ich hier für unsern Verband tätig. Fast alle Kollegen waren mir bekannt. Viele, ja fast alle im Vordergrund tätigen Kollegen — fehlten! Nach Rückfrage beim Vorsitzenden erfuhr ich, daß die alten Mitstreiter noch tätig waren als Vertrauensmann, — aber Versammlungen besuchten, — na, hierzu seien sie nur bei ganz außerordentlichen Anlässen zu bewegen. Wie töricht noch diese Kollegen sind. Sie laufen und agitierten um die Sache des Verbandes vorwärts zu bringen, jedoch das wichtigste zur Förderung des Verbandes vernachlässigen sie. Man möge doch bedenken, daß gute Beispiele erziehen. Soll unser Versammlungsweisen sich heben, dann Kollegen allerorts, halbtätig, steht in dieser Beziehung einmal nach dem Leben! Die hier angeführten Beispiele zeigen, wie es nicht gemacht werden soll; sie dürften genügen, hier und dort eine Besserung herbeizuführen. J. S.

## Die Metallarbeiter in der preussischen Gewerbeaufsicht im Jahre 1911.

### IV.

Ueber die Löhne der jugendlichen Arbeiter macht der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Köln eingehende Angaben, die seien darum nachfolgend wiedergegeben.

Bezüglich der Lohnsätze ist zu bemerken, daß auch bei gleichen Leistungen den minderjährigen Arbeitern im allgemeinen ein niedrigerer Lohn geboten wird als den älteren. Man beabsichtigt, einen Ausgleich zu schaffen, indem man annimmt, daß ältere Arbeiter zur Ernährung ihrer Familien usw. größere Kosten aufzuwenden haben. Jugendlöhne, sogenannte ungelernete Arbeiter fangen bei normaler Bezahlung in Fabriken mit 12 bis 15 Pfg. für die Stunde an und kommen nach ungefähr drei Jahren — also etwa 17 Jahre alt — auf einen Tagesverdienst von 1,50 bis 2,25 M.; sie erreichen also in frühem Alter etwa die Hälfte des Durchschnittsverdienstes der älteren ungelerneten Arbeiter. Bei Fortschritten können sie dann sehr bald bis auf die Höhe des vollen Verdienstes der älteren Arbeiter kommen, doch hängt das vornehmlich von ihren Fähigkeiten und Leistungen ab.

Lernlinge in Metallwaren- und Maschinenfabriken und in Buchdruckereien erhalten durchschnittlich im ersten Jahre etwa 5 bis 7 Pfg. für die Stunde, im zweiten etwa 8—9 Pfg. und im dritten etwa 9 bis 12 Pfg. Nach Beendigung der Lehrzeit erreichen sie bei Fähigkeit und Fleiß sehr bald wesentlich höhere Löhne. So kommen z. B. die angelernten Malerlehrlinge eines Emaillewerkes bei Affordarbeit im Durchschnitt mit 17½ Jahren auf 3—4 M. Tagesverdienst, während ältere geübte Maler dort 5—7,50 M. täglich verdienen.

In einer Maschinenfabrik, in der nur nach Zeitlohn gerechnet wird, kommen die angelernten jungen Leute bald auf 30—40 Pfg. Stundenlohn, während der Durchschnittslohn der älteren Arbeiter sich auf 50 Pfg. beläuft.

In einem Stahl- und Hammerwerk, in dem vorwiegend in Kolonnen zu freien gearbeitet wird, erhalten die Lehrlinge ein Gehalt und die Gehilfen ein Drittel des mit dem Meister verdienten Lohnes.

Eine Fabrik zur Herstellung von Drahtseilen hat ihren Lehrlingen einen Tagelohn, der im ersten Jahre 0,60, im zweiten 0,80, im dritten 1,10 M. beträgt. Hierzu tritt, wenn die Lehrzeit vollständig abgelaufen ist, eine Prämie in Höhe von ein Siebentel des während der Lehrzeit gezahlten Gesamtlohns. Trägt diese Prämie auch nicht den rechtlichen Charakter eines Lohnes, sondern mehr den

einer Belohnung, so bedeutet sie doch eine wesentliche Einkommensverbesserung für den vertragstreuen Lehrling.

Dieselbe Einrichtung findet sich in einer Werkzeugmaschinenfabrik, in der den Lehrlingen ein Tagelohn von 0,50 M. im ersten Jahre, von 0,65 M. im zweiten Jahre, von 0,85 M. im dritten Jahre und von 1 M. im vierten Jahre gezahlt, und außerdem für den Fall der vollständigen Abfertigung der Lehrzeit eine Prämie gutgeschrieben wird, die für den Tag im ersten Jahre 0,10 M., im zweiten Jahre 0,15 M., im dritten Jahre 0,15 M., im vierten Jahre 0,20 M. beträgt. Dieses Prämienystem scheint auch in anderen Betrieben Anwendung zu finden; wenigstens ankerten verschiedene Fabrikanten die Absicht, etwas Ähnliches für ihre Lehrlinge einzuführen.

Andere Regelungen der Löhne von Lehrlingen sind aus einer Druckmaschinenfabrik und aus einer großen Maschinenfabrik bekannt geworden. In jener beträgt der Lohn im ersten Jahre 100 M., im zweiten und dritten Jahre je 150 M.; er wird in monatlichen Teilbeträgen gezahlt. Die Sicherung des Vertrages geschieht durch eine bei vorzeitiger Auflösung des Lehrverhältnisses durch Verschulden des Lehrlings fällige Vertragsstrafe. Die Maschinenfabrik gewährt einen für jeden Lehrling besonders festzusetzenden Stundenlohn und sucht die Zuneigung des Lehrvertrages dadurch zu sichern, daß sie dem Lehrling, der seine Lehrzeit vorzeitig beendigt und bis zur Ableistung seiner Dienstpflicht in ihrem Betriebe bleibt, eine laufende Unterstützung für die Miltärzeit in Aussicht stellt. Er muß sich jedoch verpflichten, nach deren Ablauf zur Firma zurückzukehren.

Die Lohnzahlung an minderjährige Arbeiter erfolgt nach den Ermittelungen der Gewerbeaufsicht fast überall in der für die älteren Arbeiter üblichen Weise. Statutarische Bestimmungen durch Gemeinden usw. auf Grund des Paragraphen 119 Abs. 2 der Gewerbeordnung, nach dem der von dem minderjährigen Arbeiter verdiente Lohn nur an dessen Eltern oder Vormund und nur mit deren schriftlicher, polizeilich beglaubigter Zustimmung an diesen selbst gezahlt werden darf, sind nur in wenigen Bezirken getroffen worden. Inwieweit diese praktische Wirkung haben sie nicht gehabt und dürften auch kaum jemals zur Durchführung kommen, da selbst in den industriellsten Kreisen der Arbeiterwechsel sehr groß ist, und eine Gemeinde, in der statutarische Bestimmungen gelten, die die minderjährigen Arbeiter in der freien Verwendung ihres Lohnes hindern, deren Abwanderung in andere Gemeinden befördern müssen. In größerem Umfange ist durch Arbeitsordnungen eine Regelung der Lohnzahlung an Minderjährige erfolgt. Die betreffenden Bestimmungen besagen zum Teil, daß den Eltern auf Wunsch periodisch Mitteilung über den von ihren Kindern verdienten Lohn gemacht wird, während andere Fabriken weitergehend alle vier Wochen oder bei jeder Lohnzahlung die Unterschrift der Eltern im Lohnbuch verlangen oder den Lohn an den Minderjährigen nur mit Einwilligung der Eltern, sonst aber an diese selbst zahlen, was auch geschehen kann, wenn die Fabrikleitung dies für erforderlich hält. Von diesen Bestimmungen haben die Betriebe jedoch mangels entsprechender Anträge der Eltern und aus dem gleichen Grunde wie die Gemeinden entweder gar nicht oder nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht. Im allgemeinen nehmen die Eltern den Lohn ihrer Kinder nur dann in Empfang, wenn sie mit ihnen im gleichen Betriebe tätig sind.

Als praktische Auszahlungs- und Abrechnungsform bürgern sich immer mehr papierne Lohnbeutel ein, auf denen eine genaue Abrechnung nach vorgedrucktem Schema gegeben wird, und die den Lohnbetrag und sämtliche Abzüge für Versicherungsbeiträge, Strafen, Miete, Lebensmittel usw. genau ersichtlich lassen. Damit ist auch den Eltern der minderjährigen Arbeiter die Möglichkeit gegeben, die Tätigkeit und den Verdienst ihrer Söhne zu kontrollieren. Nach dem Urteil der Gewerbeinspektoren bilden die Lohnbeutel mit Berechnung einen vollwertigen Ersatz für die durch die Gewerbenovelle vom 27. Dezember 1911 abgeschafften Lohnzahlungsbücher, ohne, wie diese, eine Störung und Erschwerung der Lohnzahlungs-geschäfte herbeizuführen.

Soweit die Mitteilungen und Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten! Nachdem wie gesagt, alle bisher angestellten Versuche, den Eltern eine genaue Kontrolle des von ihren Kindern verdienten Lohnes zu ermöglichen, aus den von den Beamten angeführten Gründen nicht den erwünschten Erfolg gehabt haben, wird es eine ernste Aufgabe der Eltern sein, wenigstens die Berechnung auf den Lohnbeuteln zu überwachen.

Als unzulässige Beeinträchtigung des Arbeitsverdienstes Minderjähriger ist im Bezirk Düsseldorf mehrfach die Gefährdung beobachtet worden, daß die Arbeitgeber, veranlaßt durch einen diesbezüglichen Hinweis in den Statuten der gewerblichen Fortbildungsschulen, die vorausgesetzten Schulgeldbeiträge auf Grund des Arbeits- oder Dienstvertrages wieder einzogen. Dagegen, seit dem Inkrafttreten des Gesetzes betr. die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen vom 1. August 1909 (G. S. S. 733) nicht mehr zu rechtfertigenden Brauch ist im Verlaufe der durch Veränderung der in Betracht kommenden Statuten entgegengetreten worden.

Wie der Großindustrie von den Behörden entgegengekommen wurde, zeigt ein Fall, aus dem Bezirk Köln. Der Aufsichtsbeamte schreibt:

„Zwei Feinblechwerke in Kall stellten bei der Gemeindebehörde den Antrag, ihre fortbildungspflichtigen Arbeiter nur jede zweite Woche, und zwar nur dann, wenn sie in der Nacht nicht beschäftigt wurden, zum Besuche der Schule zu verpflichten; andernfalls müßten die Arbeiter an zwei Nachmittagen der Woche zwei Stunden stillgelegt werden. Dem Antrage wurde stattgegeben! Dabei hat sich gezeigt, daß die Nacharbeit der Jugendlichen die Erreichung der Ziele des Fortbildungsinstitutes erheblich erschwert und das Arbeitsverhältnis der Jugendlichen nicht genügend berücksichtigt. Es ist Geschäftszeit und leicht auch in den häuslichen Verhältnissen begründet, sich nach Vollendung der Nacharbeit nicht sofort zum Schlafe hinzulegen, sondern erst die Zeit nach dem Mittagessen zum Schlafen zu benutzen. Wenn der Fortbildungsinstitutunterricht nun in diese Zeit fällt, entbehrt der Arbeiter an diesem Tage beinahe völlig des Schlafes. Dies machte ein Vater, dessen Sohn wegen Versäumnisses des Schulunterrichtes bestraft werden sollte, vor dem Jugendgericht als Entschuldigung geltend.“

Diese den Werken gewährte Ausnahme ist nicht berechtigt. Jugendlöhne sollten überhaupt nicht in der Nacharbeit bezahlt werden.

Wir glauben, unseren Kollegen das an dieser Stelle wiederbegegebene, durchaus beachtenswerte Material aus den Berichten der Gewerbeaufsicht an die Hand geben zu sollen. Mögen

sie es nun fleißig benutzen zur Aufklärung der Nichtorganisierten. Denn nur ein Stand, der sich um seine Angelegenheiten kümmert und sich wehrt, Vertretung seiner Interessen regt, kann und wird vorwärts kommen.

## Die Landtagsverhandlungen über die bayerischen Hüttenwerte.

### III.

Hinsichtlich dieser hochwichtigen Frage der Sonntagarbeit, der Nacharbeit, der Ueberstunden, welche vom gesundheitlichen Standpunkt und vom Betriebsstandpunkt aus zu würdigen ist, möchte ich bloß auf die Beschlüsse des 10. Ausschusses hinweisen, wo es heißt, daß diese Arbeiten auf das unumvermeidliche Mindestmaß beschränkt werden sollen. Eine richtige Verteilung der Arbeiten, eine rechtzeitige Fertigstellung der Vorrichtungsarbeiten wird wohl auch ein Mittel sein, jede Ueberanstrengung der Arbeiter durch Ueberstunden, Sonntags- und Nacharbeit einigermaßen zu vermeiden. In Ulmberg ist es generell eingeführt, daß jüngere Arbeiter, sei es vom Bergbau oder auch aus dem Hüttenwerk, unter oder bis zu 30 Jahren die Sonntage und Feiertage am Hochofen beschäftigt werden. Diese Arbeiter, die auch am Sonntag am Hochofen Arbeit leisten müssen, sollen nun an und für sich — so ist es bestimmt — am Montag arbeitsfrei sein. Die Verteilung weißt dies. Wenn aber diese Leute am Montag ausfahren, werden sie nicht zurückgewiesen. Die Folge ist, daß diese Leute fortgesetzt ununterbrochen arbeiten müssen. Hier wäre auch Wandel zu schaffen. Es sollte durch die Arbeitsordnung festgelegt sein, daß diese jungen Arbeiter, die am Sonntag beim Hochofen beschäftigt werden, am Montag unter keinen Umständen anfahren dürfen. Dies sollte zur Erhaltung der Arbeitskraft geschehen.

Ein weiterer berechtigter Wunsch der Arbeiter ist die Regelung der Urlaubsverhältnisse, wie bereits Herr Kollege Bühler des näheren ausgeführt hat. Ich möchte bloß noch hinzufügen: Ich unterstelle hier die Wünsche, die in den Petitionen niedergelegt sind. Mit der Gewährung des Urlaubs sollte aber nicht erst im Herbst begonnen werden, sondern schon im Juni. Dann ist man bis zum Herbst fertig und alle Arbeiter haben ihren Urlaub erhalten, ohne daß eine Betriebsstörung irgendwie eingetreten ist. Der jährliche Urlaub sollte auch der ganzen Arbeiterschaft garantiert werden, es soll der Arbeiterschaft ein Rechtsanspruch auf den Urlaub eingeräumt werden, damit nicht dieser oder jener Steiger zur Strafe diesem oder jenem Arbeiter den Urlaub entzieht, wie es vielfach bereits vorgekommen ist. Es ist mir von St. Ingbert ein Fall mitgeteilt worden — dies soll ich im Namen des Kollegen Göring vorbringen —, daß der Bergarbeiter Peter Weidestier im September 1911 nicht nur mit sechs Schichten abgelegt worden ist — darauf komme ich noch —, sondern daß ihm noch als weitere Strafe der Urlaub mit sechs Schichten gestrichen worden ist. Solche Dinge rufen natürlich Erbitterung unter den Arbeitern hervor und sind nicht gerade zum Nutzen der staatlichen Betriebe.

Ich komme zum Wohnungswesen. Hier muß ich der B. Bergwerksverwaltung volles Lob und volle Anerkennung für die bisher ausgeübte Fürsorge auf diesem Gebiet zollen. Diese hat sich gezeigt in der Gewährung von Bauprämien — für solche Prämien sind wir, nicht für Förderprämien, Produktionsprämien und Tantiemen — ferner in der Gewährung verzinslicher amortisierbarer Bauprämien, in der Lieferung billiger Ziegelsteine und in der Abgabe von Baugründen zu 6 Pfg. per Quadratmeter. Recht mäßig wird es aber empfunden, daß nur jene Arbeiter Bauprämien erhalten sollen, die nicht auf eignen sondern nur auf dem vom Bergamt angekauften Areal bauen. Nun gibt es gerade in Ulmberg eine ziemlich große Zahl von Arbeitern, welche selbst einigen Grund und Boden besitzen und auf ihrem eigenen Grund bauen könnten und möchten. Diese Arbeiter aber sollen nach den Normativbestimmungen, die bisher gegolten haben, keine Bauprämien erhalten. Es wäre mir zu wünschen, daß auch diesen Leuten bestimmte Bauprämien eingeräumt würden, denn auch nicht 750, so doch wenigstens 300 bis 400 M. Generaldirektor Rudolph hat das auch versprochen; aber der jetzige Werksvorstand Hübner von Ulmberg will nicht recht hören. Vielleicht hört der Herr Finanzminister und räumt auch diesen Arbeitern Bauprämien ein. Es liegt im Interesse des staatlichen Betriebs selbst; denn gerade dadurch, daß den Berg- und Hüttenarbeitern die Gelegenheit und Möglichkeit gegeben wird, eigene Wohnungen zu bauen, wird die Bergwerksverwaltung mit der Zeit einen Stamm bodenständiger, ansässiger Arbeiter heranziehen können und das wird von großem Vorteil für die staatlichen Betriebe sein. Nicht mit Unrecht ist im Finanzausschuß darüber geklagt worden, als man vom Rentabilitätsrückgang sprach, daß daran auch eine gewisse Schuld der Arbeitermangel und Arbeiterwechsel trage. Dem wird dadurch vorgebeugt, daß man auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge immer mehr vorwärts schreitet.

Bei den Wohnwohnungen in Wodensdorf wird geklagt, daß jüngere Arbeiter mit 25 und 30 Dienstjahren bloß 29 M. und 30 M. Miete zu zahlen brauchen, während ältere mit 30 und 40 Dienstjahren das Doppelte zahlen müssen.

Es wird dort auch geklagt, daß fremde Arbeiter viel leichter Wohnungen erhalten als ansässige. Es sind mir Fälle bekannt geworden, daß ansässige Leute mit ihren Familien abgewiesen wurden, obwohl Wohnungen leer standen. Dann kam einer von Norddeutschland, und sofort konnte er in die Wohnung einziehen. Daß solche einseitige Maßnahmen Erbitterung hervorrufen müssen, ist selbstverständlich.

Ich komme zum Kapitel der Behandlung der Arbeiter und der Strafen, wovon schon der Herr Kollege Bühler, wenn auch in recht schwarzen Farben, gesprochen hat. Alle Parteien waren im Finanzausschuß darüber einig, daß die Strafe der Ablegung und der Verlegung allzu hart erscheint. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß im staatlichen Betrieb Ordnung herrschen muß; Disziplin und auch Strafe muß sein, aber mit Maß und Ziel, und ich setze hinzu, die Folgen einer Bestrafung sollen sich nicht bei den Arbeiterfamilien geltend machen. In Ulmberg kam es vor, daß Arbeiter, die mit dem Steiger etwas in Konflikt gekommen waren, auf acht Tage, ja sogar auf zwei bis drei Wochen einfach abgelegt wurden. Sie durften so lange nicht arbeiten! Was hat das für einen Lohnausfall für den Arbeiter ausgemacht und welche Rückwirkung hat derselbe auf die Familie gehabt! Bei einem Arbeitsvertragsverhältnis soll den Arbeitgebern und Arbeitern gleiches Recht gewährt sein.

Was nützt es einem solchen abgelegten Arbeiter, sich beim Bergamt oder bei der Generaldirektion zu beschweren? Es



ist immer der nämliche Arbeitgeber, da springt die Kasse auf die alten Füße; es springt bei der Beschwerde nichts heraus. Im Hüttenwerk in Uberg kamen einige Arbeiter morgens etwas zu spät. Ein Teil wurde mit kleinen Geldstrafen belegt, der andere Teil kam auf Arbeitsplätze mit 2 Mk. weniger Verdienst pro Tag und auf diesen schlechteren Arbeitsplätzen mußten die Arbeiter 14 Tage bleiben. Ein Ausfall von 28 Mk. ist für eine Arbeiterfamilie ein Kapital zu nennen.

In Oberericht sind einige Arbeiter früh 6 Uhr bei Torfschicht nicht sofort dazugekommen. Sie mußten den ganzen Tag Feiertagschicht machen, das heißt, sie wurden für diesen Tag abgelegt. Ich meine, ein solcher Strafenmodus paßt in unserer modernen Zeit nicht mehr hinein.

Nicht bloß in Uberg sondern auch in St. Ingbert und Sonthofen wird viel geklagt. Von den Beamten und Steigern werden die Arbeiter nicht bloß mit Schimpf- und Tiernamen belegt sondern auch oft grob und brutal behandelt. Die Vergewaltigung in Hohenmaiß sind es besonders, die mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren, daß sie von dem dort regierenden Oberverwalter mit „Schammuel“ — *salva venia* will ich dieses Wort hier anführen — und anderen Tiernamen belegt werden. Ganz besonders wehren sich aber die christlich organisierten Arbeiter gegen die Bezeichnung „christliche Lumber“. Sie ersuchen die R. Staatsregierung, daß sie zu wirken, daß ihnen eine bessere Behandlung zu teil wird, daß ihnen auch ihre Koalitionsfreiheit, ihre Koalitionsrechte erhalten bleibt (Zuruf bei den Sozialdemokraten) und daß sie nicht deshalb, weil sie der christlichen Organisation angehören, schlechter behandelt und bezahlt werden als die unorganisierten Arbeiter.

Über den Parteiführer Wühr wissen die Leute zu erzählen, daß er nicht ganz unbefriedigt sei, daß er den Leuten, die ihm mandämal Geldgeschenke brachten, bessere Arbeitsplätze anweise. Ich kann das nicht unterstreichen, ich will es bloß der R. Regierung unterbreiten.

In St. Ingbert wird ganz besonders geklagt über den Herrn Meßner Wang. Der muß ja ein Held im Strafen sein, weil er sich selbst der Höhe der Strafen rühmt, die er schon über die Arbeiter verhängt habe. Dieser Meßner Wang soll den Nachschichtsteiger Geld zur Rede gestellt haben, weil er zu wenig Strafe. Ein Steiger, der vor 14 Tagen bei mir war, hat erklärt: „Die Beamten in St. Ingbert wollen, daß wir Steiger immer die Rute in der Hand haben.“ Das sage ich nicht, das sagt mir jener Steiger von St. Ingbert. In St. Ingbert wurden 1910 bei 1500 Mann Belegschaft 3454 Mark Strafgehalte ausgesprochen.

Die Arbeiter beklagen sich auch darüber, daß sie sich bei solchen Strafen nicht rechtfertigen können. Ich meine, bei solchen Bestrafungen sollte auch der Arbeiterauschuß gehört werden. Vielleicht könnte da manches wieder beseitigt werden, was Erbitterung bei den Arbeitern hervorruft. Die Autorität und die Ordnung wird nicht durch Grobheit und Brutalität, sondern durch Barmherzigkeit und vor allem durch praktische Sachkenntnis aufrechterhalten. Es wird mir gesagt, daß vielfach solchen brutalen Herrensitten die praktischen Sach- und Sachkenntnisse abgehen sollen.

Im allgemeinen stehen wir auf dem Standpunkt:

Was die Rechte der Arbeiterausschüsse anlangt, so wird seitens der Arbeitervertreter geklagt, daß sie vielfach von den Meistern und den Vorarbeitern schikaniert werden, wenn sie im Arbeiterauschuß Dinge vorbringen, die auf dieselben Bezug haben. Durch eine solche Schikane werden natürlich die Arbeitervertreter elend gemacht, sie rücken nicht mit der Farbe heraus und verschweigen auch die Wünsche, die ihnen die Arbeiter aufgetragen haben. Den Mitgliedern der Arbeiterausschüsse, den Arbeitervertretern sollte die Gewähr gegeben werden, daß sie wegen ihrer freien Meinungsäußerung im Auschuß nicht irgendwelche Nachteile zu befürchten haben. Daß die Ausschussführungen regelmäßig abgehalten werden sollten, daß rechtzeitig die Tagesordnung bekannt gemacht werden soll, davon ist schon die Rede gewesen. Daß auch die Beschlüsse der Arbeiter protokolliert werden sollen, daß die Beschlüsse von den unteren Beamten auch ausgeführt werden sollen, ist schon im Auschuß berührt worden.

Von den Hüttenarbeitern wird da und dort geklagt, daß in einigen Werken noch das alte System vorherrscht, daß die Werkleitung selbst einen Teil der Arbeiterauschüsse aus der Arbeiterschaft auswählt. Ich meine, auch für die Hüttenarbeiter gilt Artikel 94 des Berggesetzes, wonach die Mitglieder des Ausschusses aus der Mitte der Arbeiter in unmittelbarer, geheimer Wahl von den Arbeitern selbst gewählt werden sollen. Das System der Vertrauensmänner und Sicherheitsmänner hat sich trotz des kurzen Bestehens eingebürgert und gut bewährt. Es ist also gar keine Notwendigkeit vorhanden, freigestellte Sicherheitsbeamte aufzustellen.

Es wäre am Platze, wenn die Arbeiter, die lange Zeit gebient und sich durch Tüchtigkeit, Ordnungsliebe, Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit ausgezeichnet haben, auch allmählich zu Vorarbeitern und Meistern vorrücken könnten. Solche Vertrauensposten könnten tüchtige Arbeiter ebenso gut versehen wie Fremde, die erst den staatlichen Betrieb kennen lernen müssen.

Herr Kollege Wühr berührte auch das Knappschaffswesen. Ich will ganz kurz darauf zu sprechen kommen. In einer Eingabe der bayerischen Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter wird die Verbesserung und der Ausbau des bayerischen Knappschaffswesens verlangt. Es wird darum ersucht, daß sämtliche Knappschaffsvereine links und rechts des Rheins zu einem großen, einheitlichen Verband zusammengefaßt würden, wodurch die Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Unterhaltungen und Pensionen sich wesentlich erhöhen würde. Ebenso sehr wird die Einführung des Proportionalstems auch bei den Knappschaffsvereinen gewünscht. Es ist bekannt, welche bittere Kämpfe bei Knappschaffswahlen zwischen der Majorität und Minorität ausgefochten werden. Bei dem jetzt bestehenden Gesetz aber ist es einer Minderheit unmöglich, ein Mandat der Majorität abzurufen und die Stellvertretung in der Knappschaff zu erhalten.

## Friedrich Krupp A.-G.

Man kann sicherlich nicht behaupten, daß der Jahresbericht der Firma Krupp einen auch nur einigermaßen eingehenden Blick in die Geschäftsverhältnisse gestattet. Trotzdem bieten die angegebenen Zahlen der interessanten Momente genug, um auch in ihrer knappen Form einen Begriff von dem gewaltigen Umfang des Riesenwerkes zu geben. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 180 Mill. Mark. Die in den Jahren 1893, 1901 und 1908 aufgenommenen Schulden beziffern sich auf 54 596 520 Mk. In dem verfloßenen Geschäftsjahr, das vom Juli 1911 bis 30. Juni 1912 lief, wurden davon 1 900 500 Mk. getilgt. Der Wert der Im-

mobilitäten ist nach Abschreibung von 18 524 869 Mk. auf 189 032 479 Mk. angegeben, der der Wert der Transportmittel auf 9 338 910 Mk. und der Vorräte, der halb und ganz fertigen Waren auf 162 006 992 Mk.

Der Betriebsüberschuß der sämtlichen Werke beträgt 41 813 268 Mk. dazu kommen noch verschiedene Einnahmen, die nicht näher angegeben sind, mit 2 253 903 Mk. und die Einnahmen aus Zinsen mit 1 971 070 Mk., so daß ein gesamt Ueberschuß von 46 038 302 Mk. vorhanden ist. Die beiden letztgenannten Einnahmeposten dürften im wesentlichen von dem im Besitz der Firma befindlichen festverzinslichen Wertpapieren im Betrage von 69 270 016 Mk. und von „andern Wertpapieren und Beteiligungen“ in Höhe von 14 710 165 Mk. herrühren. Es ist bedauerlich, daß der Bericht ein genaueres Eingehen auf diese beiden letzten Posten, die besonders Interesse erwecken, vermissen läßt. Groß sind die Ausgaben des Werkes für öffentliche Ausgaben: an Steuern wurden bezahlt 5 004 212 Mk., für die gesetzliche Arbeiterversicherung 4 454 561 Mk. Es ist ein Zeichen von der glänzenden Entwicklung des Werkes, daß in dem verfloßenen Geschäftsjahr der für die Arbeiterversicherung aufgewendete Betrag um nahezu 550 000 Mk. hinter dem Aufwand für Steuern zurückbleibt — im Vorjahr war das Verhältnis gerade umgekehrt. Auch „der Aufwand für Wohlfahrtsausgaben aller Art“ ist gewaltig gestiegen — um über 1/2 Mill. Mk., nämlich von 6 428 240 Mk. auf 7 050 647 Mk. Auch dieser besonders „interessante“ Posten findet leider keine nähere Erläuterung. Es muß aber betont werden, daß in ihm die 2 Mill. Mk., die für die Beamten- und Arbeiterpensionskassen aufgewendet wurden, nicht enthalten sind. Dieser Betrag wurde vielmehr aus dem Reingewinn bestritten. Nach Abzug der angeführten Ausgaben vom Betriebsüberschuß ergibt sich ein Reingewinn von 29 528 881 Mk. — zu dieser Summe tritt noch der Gewinnvortrag vom letzten Jahre mit 4 230 580 Mk., so daß sich ein tatsächlicher Reingewinn von 33 759 461 Mk. ergibt. Von dem Reingewinn fallen 5% an die gesetzliche Minderlage in Höhe von 1 476 440 Mk., 2 Mill. werden dem allgemeinen Vorkredensfonds zurückgewiesen, 2 Mill. den Beamten- und Arbeiterpensionskassen. Die an die Aktionäre zu verteilende Dividende wird auf 12% vom Aktienkapital das sind im ganzen 21 600 000 Mk. festgesetzt. Der Vortrag für das nächste Jahr beläuft sich auf 6 503 017 Mk.; der noch verbleibende Rest mit ca. 180 000 Mk. wird unter die 6 Aufsichtsratsmitglieder als Tantäme verteilt.

Die Firma Krupp hat einen bekanntlich nicht immer rühmlichen Ruf durch ihre Arbeiterpensionskassen und die in ihnen beliebte Praxis gewonnen. Daß ihr außerordentlich viel an dem Bestande dieser Kassen — wohl nicht nur aus altruistischen Gründen, die im Interesse der Arbeiter wären — liegt, geht aus der Sorgfalt hervor, mit der sie sich ihnen widmet. Die Kassen unterstehen einer besonderen Verwaltung, das Vermögen ist in mildtätigen Wertpapieren angelegt und beträgt 44 132 250 Mk.; dieses selbst wird im Betrieb nicht verwendet. Die Guthaben von Werksangehörigen bei der Firma belaufen sich auf 32 760 942 Mk. und die Einlagen bei der Sparbank auf 6 989 384 Mk. Beide Arten von Einlagen werden mit 5% verzinst. Man wird den gewaltigen Aufwendungen, welche die Firma für die Arbeiter und ihre Beamten macht, die Anerkennung nicht versagen können, — sie wäre rückfahlos, wenn sie eine weitgehende Mitverwaltung der Arbeiter zuließe, die eine wirklich soziale Handhabung garantierte.

Im Vergleich zum Vorjahr kann das Unternehmen mit Stolz auf das abgelaufene Geschäftsjahr zurückblicken — ist doch der Gewinn um nahezu 4 Mill. gestiegen, woraus eine Erhöhung der Dividende um 2% möglich war. Ein schönes Zeichen nicht nur für die Tüchtigkeit der Leitung — sondern auch für die Tüchtigkeit der Arbeiter.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Der gelbe Blendobaid mit der „Wertvereinschleuder“.

Die Gelben sind bekanntlich sehr vielseitige Leute. Neuerdings verteidigen sie nicht nur tapfer und unentwegt die Preiserhöhung des Rohleimprekats — sondern sie zogen auch, wie der gelbe „Wertverein“ in seiner Nr. 47 versichert, mit der Wertvereinschleuder gegen die — Philister aus. Großartig, wie immer, verkündet das gelbe Organ: „Die Wertvereinschleuder barg Steine, nach denen ihnen noch lange der Schädel bröckeln wird!“

Bekanntlich waren es keine Liebeswürdigkeiten, die Kollege Schiffer den Gelben am 14. März ds. Js. gelegentlich der Debatten über die Vorgänge im Ruhrgebiet sagte. Es hagelte in der Schärfer und gelben Presse nur so von Protesten und Angriffen gegen Schiffer. Als demgegenüber die Schifferischen Ausführungen in unserem Organ und in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in zukunftsreichen Sinne kommentiert wurden, schickten die gelben Drahtzieher ihre „neuen Vorstandsmitglieder des Bundes deutscher Werkvereine“ vor. Unserem Redakteur und dem Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ wurde von diesen Leuten der Prozeß gemacht. Die Verhandlung gegen die „Westdeutsche“ fand am 14. November vor dem Schöffengericht in M.-Gladbach statt. Die Gelben gedachten den Prozeß zu benutzen, ihre Bewegung von den Vorwürfen zu reinigen, die man ihr in der Öffentlichkeit macht. Das ist ihnen trotz aller Sachverständigen vorbeigegangen.

Nach dem Gladbacher Prozeß hat es künftig als bewiesene Sache zu gelten, daß die Gelben von den Unternehmern „namhafte Unterhaltungen“ empfangen. Zu Beginn der Verhandlung wollten die Gelben das im allgemeinen nicht gelten lassen. Am Schluß der Verhandlung galt es indes als bewiesen. Selbst die Zeugen der Gelben — die vorsichtig ausgesucht worden waren — mußten versichert zugeben, daß sie größere Geldsummen von den Werken erhalten, mußten zugeben, daß ohne diese finanziellen Zuwendungen der Unternehmer die gelben Werkvereine und deren Wohlfahrtsvereine zum großen Teil nicht lebensfähig wären. Das gilt z. B. nach den Aussagen der Zeugen Schmeltz von dem Werkverein der Zechen „Lothringen“. Besonders Interesse verdienen die Aussagen des Zeugen Halbach, Beamter des Kruppischen Direktors. Trotz seiner großen Bereitschaft konnte er sich an der Tatsache nicht vorbeiben, daß der Werkverein Krupp „namhafte Summen“ — deren Höhe er nicht angeben durfte — von der Firma Krupp erhält, daß in dem Verwaltungsgebäude des Werkes auch dem Werkverein die erforderlichen Räumlichkeiten u. m. überlassen sind, für die er keine Miete zu zahlen braucht.

Zur Beurteilung der Wertvereinsbewegung als einer „unabhängigen Arbeiterbewegung“ ist es jedoch interessant, den Einfluß der bei derselben Firma beschäftigten Beamenschaft

im Werkverein kennen zu lernen. Unter den Kruppischen Gelben, etwa 7000 an der Zahl, sind mehr als 1000 Beamten. Halbach, der selbst Beamter im Werkdirektorium ist, leitet den Verein, und mehr als das: Mag Halbach allein ist der Vermittler — oder, wie er sich selbst bezeichnet — der „ehrliche Makler“ zwischen Arbeiterchaft und Werkverwaltung. Alles, sagte er, was zwischen Arbeiterchaft und Werkverwaltung zu erledigen sei, gehe durch seine Hand, es werde weder der Werkverwaltung eine Meinung des Werkvereins noch auch dem Werkverein eine Meinung der Verwaltung zum Ausdruck gebracht, außer durch ihn allein, er habe das „volle Vertrauen der Arbeiterchaft und der Verwaltung“. Ferner gab Halbach zu, daß er die Arbeit für den Werkverein, soweit sie es an sich zulasse, während der Dienststunden verrichte und daß er seit der Zeit, da er „ehrlicher Makler“ sei, wiederholt größere Gehaltszulagen bekommen habe. Die Firma habe ihm zwar nicht ausdrücklich erklärt, daß diese Gehaltszulagen eine Bezahlung seien für seine Tätigkeit im Werkverein, er könne das aber auch nicht in Worte fassen. Wir indes glauben schon, daß die „großen Gehaltszulagen“ nichts anderes sind als eine Bezahlung der Tätigkeit des Herrn Halbach im Werkverein. Herr Halbach steht also im Dienste der Firma Krupp, wofür er natürlich sein Gehalt bezieht, er bezieht sich während der Dienststunden und nach Feierabend im Werkverein, wofür die Firma ihm besonders größere Gehaltszulagen gewährt. Und nun gibt er sich auch noch als einen forschenden Vertreter der Arbeiterinteressen der Firma gegenüber aus. Alle Achtung vor der Firma Krupp, die ihm die Vertretung der — Arbeiterinteressen so gut bezahlt. Uns fängt indes die Sache zum mindesten rätselhaft an. Und zielen Arbeitern auch, das find wir gewiss. Und mit Recht betonte Herr Rechtsanwalt Vorge in seinem ausgezeichneten Plädoyer, daß Arbeiter zu dem Gewerkschaftssekretär, der aus ihrem Stande hervorgegangen ist und im Dienste ihrer Organisation steht, mehr Vertrauen haben können, als zu einem Beamten, der im Dienste ihres Arbeitgeber steht. Es sei auch natürlich, daß der Gewerkschaftssekretär in der Vertretung der Arbeiterinteressen unabhängiger dem Arbeitgeber gegenüberstehe als der Werksbeamte.

Bemerkenswert war ferner, daß der Privatkläger Heß zugeben mußte, am 21. Juni 1909 in einer großen Versammlung in Essen gesagt zu haben, das „Nationale“ hätten die Gelben nur aus taktischen Gründen in ihren Titel aufgenommen, die Bewegung könne nur groß werden, wenn sie Leute hinter sich habe, „die etwas in den Fingern haben“, und daß er als Zweck der Werkvereine angegeben habe, „den Industriellen mehr Vertreter im Reichstag“ zu besorgen. Und eine interessante Szene war es, als der Zeuge Merkes, der Vorsitzender des Werkvereins der Stummischen Werke in Neunkirchen ist, auf Befragen sagte, daß die Gelben anders sind, als sie zu sein vorgeben. Wir glauben ihm das.

So horten die Verhandlungen noch mehr Interessantes. Aus dem Munde der Gelben selbst wurde der Wertvereinsbewegung eine Blamage nach der andern bereitet. Wir können hier nicht alles wiedergeben.

Unter diesen Umständen mußte das Urteil, was am Ende gefällt wurde: 100 Mk. Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten, auch einigermaßen befremden. Es wird von allen Anwesenden, ja selbst von den Gelben keiner eine solche Bestrafung des Angeklagten erwartet haben. Deshalb ist, wie die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ mitteilt, auch bereits Berufung gegen das Urteil eingelegt worden.

In der Klage gegen den Redakteur unseres Verbandsorgans war Verhandlungstermin auf den 21. ds. Mts. am Schöffengericht Duisburg anberaumt. Durch seinen Anwalt bestritt unser Redakteur den neun Klägern, den man auch wieder einen Stab von gelben Sachverständigen gestellt hatte, die Aktivlegitimation, da wir diese Leute unmöglich als die „gelben Hauptlinge“ von denen in der Rundschannotiz in Nr. 13 unseres Organs die Rede war, anerkennen können. Wenn die Herren sich durch unsere Darlegungen beleidigt fühlen, so mögen sie selbst kommen. Die Verhandlung am 21. führte zu keinem Resultat. Trotzdem wollten die Gelben in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ schon zu berichten, daß „der beklagte Redakteur gleich beim Beginn der Verhandlung durch seinen Rechtsbeistand erklären ließ, daß er zu einem Vergleich bereit sei“, und dieser Vergleich, „dann auf folgender Grundlage zustande“ kam etc. Die Gelben scheinen also eine Auffrischung ihres Renommées sehr nötig zu haben, so nötig, daß sie bis zur Erledigung der Sache gar nicht mehr warten können. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die den verführten gelben Siegessartikel brachte, ging darauf sofort folgende Berichtigung zu: „Die in Nr. 1407 der Rhein.-W. Zeitung an dieser Stelle (Rubrik „Deutsches Reich“) veröffentlichte Mitteilung über die Verhandlung der Beilegungssache der neun Vorstandsmitglieder des Bundes deutscher Werkvereine gegen den verantwortlichen Redakteur des in Duisburg erscheinenden „Deutschen Metallarbeiters“ ist unrichtig. Nicht wahr ist, daß der beklagte Redakteur, wie es in Nr. 1407 der Rh.-W. Zeitung hieß, gleich beim Beginn der Verhandlung durch seinen Rechtsbeistand erklären ließ, daß er zu einem Vergleich bereit sei.“ Wahr ist vielmehr, daß der beklagte, der persönlich verhindert war an der Verhandlung teilzunehmen, durch seinen Rechtsbeistand, gleich beim Beginn der Verhandlung den Klägern die Aktivlegitimation abstitt, weil er in ihnen nicht die von ihm angeblich beleidigten „gelben Hauptlinge“ erblicken kann. Bei dem in der Rh.-W. Zeitung veröffentlichten angeblichen Vergleich handelt es sich nur um einen Vergleichsvorschlag des Gerichtsvorsitzenden, der nicht einmal die bedingte Zustimmung des beklagten Redakteurs gefunden hat — also auch nicht zustande kam.“

Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Gelben auch in der Rolle eines David 2. mit der „Wertvereinschleuder“ allenfalls indifferenten „Philister“, nie aber bedeutender und standesbewußter Arbeiter etwas anhaben können.

### Erfolge der Hausagitation!

Aus Ferne schreibt uns ein Kollege: „Sieher auf der Straße stehen und Christbäume zeichnen — als Hausagitation machen!“ Dieser Ausspruch eines sonst nicht gerade lauen Mitgliedes bezeugt, wie „begeistert“ unsere Kollegen hier am Orte für diese Art Kleinagitation sind. Nach langen, vergeblich scheinenden Bemühungen hatten sich schließlich sechs von unseren Kollegen bereit erklärt, diese „schreckliche“ Arbeit mit Todesverachtung auf sich zu nehmen. Als er dann an die Ausführung ging, schimpften die sechs gar noch auf ganze zwei Kollegen zusammen. Diese



zwei Kollegen aber hielten tapfer durch. Sie verkrochen sich nicht hinter „die andern; die auch nichts tun“, sondern sie gingen an die Arbeit. — Nach drei Gängen hatten sie bereits sieben neue Mitglieder gewonnen. Die zwei Kollegen sind nun dahin übergegangen, selbst dann, wenn sie „allein auf weite Flur“ bei ihrer Arbeit bleiben sollten, nicht mehr zu ruhen, bis sie zu dem Zeitpunkt, wo Christbäume auf den Straßen feilgeboten werden, mindestens 3 Dutzend neue Mitglieder dem Verbande zugeführt haben.“ (Bravo! D. Reb.)

Soffentlich dient der schöne Erfolg den übrigen Kollegen von Herne und anderwärts zum Ansporn, die tüchtige Agitation vervollständigt. Viele Zehntausende unseres Verbandes sind diesem Beschluß nachgekommen und haben dadurch bedeutende Fortschritte in der Mitgliederentwicklung erzielt. In der vorigen Nummer haben wir berichtet, daß besonders die Duisburger Kollegen glänzende Resultate der Hausagitation verzeichnen können. Da in der Agitation die Ausdauer erst den vollen Erfolg bringt, hat der Ortsverband Duisburg am Sonntag, den 17. November den zweiten Vorstoß unternommen. Es beteiligten sich 61 Kollegen. Aufgenommen wurden 48 neue Mitglieder. Interessant ist, daß die Zahl der Agitatoren gegen den vorausgegangenen Sonntag um 16 gestiegen ist. Die Beteiligung und die Erfolge wären auch diesmal bedeutend größer gewesen, wenn die Neuborfer Kollegen nicht vollständig versagt hätten. Die Mitglieder der Ortsgruppe Duisburg-Neuborf müssen mehr Interesse an den Tag legen. Die Duisburger Kollegen werden es bei dem bis jetzt schon Erreichten nicht bewenden lassen, sondern bald einen dritten und vierten Vorstoß unternehmen. Tausende sind noch zu gewinnen. Jeder einzelne Kollege muß sich deshalb in den Dienst der Agitation stellen.

### Der zweite Vorstoß.

Unsere Dortmunder Generalversammlung hat sämtliche Ortsgruppen unseres Verbandes zur Durchführung der Hausagitation verpflichtet. Viele Zehntausende unseres Verbandes sind diesem Beschluß nachgekommen und haben dadurch bedeutende Fortschritte in der Mitgliederentwicklung erzielt. In der vorigen Nummer haben wir berichtet, daß besonders die Duisburger Kollegen glänzende Resultate der Hausagitation verzeichnen können. Da in der Agitation die Ausdauer erst den vollen Erfolg bringt, hat der Ortsverband Duisburg am Sonntag, den 17. November den zweiten Vorstoß unternommen. Es beteiligten sich 61 Kollegen. Aufgenommen wurden 48 neue Mitglieder. Interessant ist, daß die Zahl der Agitatoren gegen den vorausgegangenen Sonntag um 16 gestiegen ist. Die Beteiligung und die Erfolge wären auch diesmal bedeutend größer gewesen, wenn die Neuborfer Kollegen nicht vollständig versagt hätten. Die Mitglieder der Ortsgruppe Duisburg-Neuborf müssen mehr Interesse an den Tag legen. Die Duisburger Kollegen werden es bei dem bis jetzt schon Erreichten nicht bewenden lassen, sondern bald einen dritten und vierten Vorstoß unternehmen. Tausende sind noch zu gewinnen. Jeder einzelne Kollege muß sich deshalb in den Dienst der Agitation stellen.

### Nachkänge zur Bewegung in der hannoverschen Metallindustrie.

Bekanntlich haben am 15. Oktober die Abstimmungen über die Art der Arbeitszeitverkürzung in der hannoverschen Metallindustrie im großen und ganzen mit einer glatten Niederlage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes geendet. Interessant sind die Ergebnisse der Abstimmungen auf den einzelnen Werken, die erst jetzt nach und nach bekannt werden, da der sozialdemokratische Metallarbeiterverband sich beharrlich in Schweigen hüllt. Wir verstehen seinen Schmerz.

Haben wir bereits in Nr. 45 unseres Verbandsorgans die Abstimmungsergebnisse einiger „roter“ Bochburger beleuchtet, so dürfte es dennoch lehrreich sein, zu wissen, wie denn die Arbeiter des Betriebes abgestimmt haben, von wo die ganze Bewegung ihren Ausgangspunkt genommen hat. Um nicht irgendwelcher Beeinflussungen durch das Vorhandensein nichtsozialdemokratischer Verbände ausgesetzt zu sein, hatten sich die Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes neben der Firma Mag Müller die Centralheizungswerke in Hannover-Sainholz ausgesucht, wo zuerst die Forderungen nach einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, nebst 5 Pfg. Lohnaufschlag eingereicht wurden.

Am 16. April wurden die Forderungen eingereicht und die Arbeiter traten am selben Tage in den Streik, nachdem die Firma erklärt hatte, daß sie ohne Rücksprache und Zustimmung des Vereins der Metallindustriellen nichts unternehmen könne. Am selben Abend wurde von den Metallindustriellen beschlossen, die wöchentliche Arbeitszeit um 2 bzw. 3 Stunden zu verkürzen, sie sollte 57 Stunden betragen, nebst einem Lohnausgleich von 3½ %. Dieses Zugeständnis wurde von den Arbeitern der Centralheizungswerke aber abgelehnt. Dadurch wurde die ganze Situation erheblich erschwert; denn in späteren Versammlungen anderer Betriebe wurde wiederholt erklärt, daß man ja mit den Zugeständnissen zufrieden sein würde, wenn nicht schon die Arbeiter der Centralheizungswerke wochenlang im Streik ständen.

Bei der Abstimmung über die endgültige Regelung der Arbeitszeit haben nun die Arbeiter von den Centralheizungswerken folgendermaßen gestimmt:

Für den freien Sonntagsnachmittag stimmten 187 Arbeiter  
Für die tägliche Arbeitszeitverkürzung stimmten 120  
Ungefährlich waren 8 Stimmen

Insgesamt haben abgestimmt 315 Arbeiter. Da bekanntlich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband so siegesicher den Arbeitgebern drei Fünftel Majorität zugesprochen hatte, hatten die Freunde des freien Sonntagsnachmittags 67 Stimmen mehr, wie notwendig waren! Was man im April mit großem Getöse seitens des sozialdemokratischen Verbandes ablehnte, ist nunmehr durch geheime Abstimmung der Beteiligten mit großer Mehrheit angenommen worden.

Auf der hannoverschen Waggonfabrik war die Mehrheit dafür eingetreten, die tägliche Verkürzung zu bekommen. Böse Zungen behaupten nun, die Arbeiter der Waggonfabrik, in der Mehrzahl rot organisiert, hätten bei ihrer Verleumdung darum angetragen, entgegen dem Resultat der Abstimmung auch die Verkürzung auf den Sonntagsnachmittag zu legen, da die Verkürzung morgens erfolgt war. Kein Arbeiter hatte auch nur den geringsten Vorteil davon, da die Verkürzung der Fahrzeiten wegen eines Betriebes nicht erfolgen konnte und andererseits auch nicht beantragt worden ist, jedoch die Arbeiter, die die elektrische Straßenbahn betreiben müssen, trotz der kürzeren Arbeitszeit dieselbe Zeit vom Hause fort sind, wie sonst. An diese „Lohnbewegung“ wird der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und seine Führer noch lange zurückdenken. Die Arbeiter sind leider diejenigen, die die Suppe auslöffeln müssen! Wie lange werden sie sich dazu von den Genossen noch mißbrauchen lassen?

### Worauf die Gelben verzichten.

Diese Frage wird in einem lehrreichen Artikel über die gelbe Bewegung in dem letzten erschienenen Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1913 wie folgt beantwortet:

„Sie (die Gelben) verzichten darauf, sich selbst zum Träger ihres Geschicks zu machen, indem sie sich den Unter-

nehmern auf Gnade oder Ungnade ergeben. Sie verzichten auf eines der wenigen Rechte, welche sich die Arbeiter bisher erringen konnten und dessen Ausbau ihre stetige Sorge sein muß: auf das Recht selbstständiger und damit wirklich freier Koalition. Sie verzichten auf die rechtliche Hebung ihres Standes; denn wer das Grundrecht für die Standeshebung, das Recht selbstständiger Koalition, preisgibt, zerstört dadurch den rechtlichen Aufschwung an der Wurzel. Sie verzichten damit zugleich auf die soziale Hebung. Diese liegt nicht nur vermehrte Rechte der Arbeiter, sondern den Willen und die Fähigkeit der Benutzung derselben voraus. Sie verzichten ferner auf jeden geistigen und kulturellen Aufstieg. An dessen Anfang steht ja doch die freie Entwicklung der Persönlichkeit; diese aber tritt der Gelbe selbst mit Füßen. Und bei alledem verzichten die Gelben noch auf materielle Hebung. Durch die übrigen Verzichtleistungen haben sie sich selbst Barrakken dagegen aufgerichtet, haben sich selbst an Sünden und Füssen gebunden, der Willkür des Unternehmers ausgeliefert. Ihre Verzichtleistungen rechtlicher und geistiger Art zeugen letzterem von ihrer Unfähigkeit, eine höhere Stufe, eine Stellung mit verfeinerten Ansprüchen im Volksgang auszufüllen, und darum bedürfen sie in seinen Augen auch nicht des materiellen Aufstiegs, während doch gerade materielle Erwägungen ihre erbärmliche Haltung diktiert haben. In den meisten Fällen verzichten die Gelben dann auf das Recht des freien Bürgers, indem sie sich wahllos mißbrauchen lassen. Sie verzichten auf das, was dem Menschen mehr wie alles teuer sein sollte: auf ihre Ehre. Nicht nur sich selbst gegenüber, indem sie bei solchem Verhalten die Selbstachtung unmöglich ist, sondern sie verzichten auch auf die Achtung ihrer Berufskollegen und aller Einsichtigen. Und warum das alles? Um eine zugesagte materielle Zuwendung, die die Ausübung ihres Koalitionsrechts wie der sonstigen Rechte ihnen in vielleicht stark verbleibendem Betrage eingebracht haben würde, im Laufe mehrerer Jahre aber ganz sicher einbringt.

Worauf der Arbeitgeber dagegen verzichtet? Auf nichts! Im Gegenteil: der Wink mit dem Geldbeutel hat ihm die Arbeiter vollständig in die Hand gegeben. Er ist vor ihren Forderungen sicher und schiebt sie in jeder Weise wie Puppen, die auf einen bloßen Druck gehorchen.“

### Rund um.

Aus der Metallindustrie. Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg erzielte nach 1544 000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 3 741 000 Mk. Dividende soll 20 Proz. verteilt werden, für die Neuanlagen in Duisburg werden 300 000 Mk. besonders zurückgestellt. — Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft beschloß das Geschäftsjahr 1911/12 mit einem Reingewinn von 24,4 Millionen Mark. Dieser soll wie folgt verteilt werden: 14 Proz. Dividende gleich 18 200 000 Mark, Zantime des Aufsichtsrats inkl. Steuer 650 000 Mk., Zuweisung an das Rückstellungskonto 3 Mill. Mark, Gratifikationen an Beamte und Wohlfahrtsbeiträge 930 000 Mk., Zuweisung an den Unterstützungsfonds 900 000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 736 614 Mk. — Der Geschäftsbericht der A.-G. Neu-Walzwerk in Bösperde verzeichnet nach 138 000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 163 156 gegen 130 336 Mk. im Vorjahre. Davon werden 100 000 Mk. als 4 Proz. Dividende verteilt und 58 156 Mk. auf neue Rechnung vortragen. — Die Rombacher Sinterwerke erzielten nach 3 800 000 Mk. Abschreibungen einen reinen Uberschuß von 8 668 000 Mark gegen 7 568 000 Mk. i. V. Dieser soll folgendermaßen verwendet werden: 1 000 000 Mk. Sonderabschreibungen, 1 373 594 Mk. zur Rücklage, 50 000 Mk. Rückstellung für gemeinnützige Zwecke, 224 930 Mk. für Talonsteuer, 100 000 Mk. zur Aufrechterhaltung, Witwen- und Waisenkasse, 100 000 Mk. an die Teilschuldverschreibungen-Zinsungs-Rechnung, 100 000 Mk. für Arbeiterunterstützung und Dienstleistungs-Beschreibungen, 500 000 Mk. als 10 Proz. Dividende, 233 010 Mk. Gewinnanteil des Aufsichtsrats, 468 588 Mk. Vortrag auf neue Rechnung.

Für eine Fahrradhersteller-Vereinigung sind die Aussichten schlecht. Eine große deutsche Fahrradfabrik schreibt der „Köln. Volkszeitung“ dazu nämlich folgendes: Zunächst muß man bemerken, daß die Verhandlungen nur zwischen mittleren und kleinen Fahrradfabriken ständen, und man an die großen Fabriken bis jetzt wegen einer Verteilung noch gar nicht herangetreten ist. Trotzdem werden sich die großen Fabriken von einer Vereinigung nicht ausschließen, glauben aber kaum, daß sich der Plan verwirklichen läßt.

Ueber die Verhandlungen selbst teilten die Brenndorfer-Fahrradwerke Gebr. Reichstein in Brandenburg a. d. Havel auf Anfrage folgendes mit: „Die Aussichten auf das Zustandekommen der Fahrrad-Vereinigung sind nach unserer Meinung sehr gering und auch die neuerlichen Verhandlungen nicht besser geworden als sie schon vor Jahresfrist waren. Die ganze Frage einer Vereinigung scheitert neben der Eigenart der Arbeit der einzelnen Fabriken hauptsächlich an der Markenfrage. Einzelne größere und kleinere Fabriken liefern die sogenannten Schieber-Fahrräder, für welche sie natürlicherweise ihre Firma nicht als Hersteller nennen wollen. Ferner ist es sehr schwierig, einen Einheitspreis für beratige Fahrräder festzusetzen, da die verschiedenenartigen Rohstoffe zu ihrer Herstellung verwendet werden, und die Herstellungskosten daher auch sehr verschieden sind.“

Das Nichtzustandekommen ist deswegen bedauerlich, weil jetzt wohl weiter in Schmachtkonkurrenz gemacht wird, an der die Arbeiterschaft kein Interesse haben kann.

Ueber die Geschäftslage im Werkzeugmaschinenbau wurden in der Vorstandssitzung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken folgende Mitteilungen gemacht: „Die allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im In- und Auslande hat dem deutschen Werkzeugmaschinenbau im laufenden Jahre reichliche Beschäftigung gebracht. Die abermals ansehnlich gestiegene Ausführung von 55 258 Lo. gegen 44 659 Lo. vorjährig in den Monaten Januar bis September liefert den Beweis dafür, daß die deutsche Arbeit im Ausland anerkannt ist und zugleich für die erhöhte Leistungsfähigkeit der heimischen Industrie, die trotz des großen Inlandsbedarfes in der Lage ist, einen größeren Teil ihrer Erzeugnisse nach dem Ausland zu verkaufen. Freilich geschieht dies letztere vielfach wegen des starken in- und ausländischen Wettbewerbs zu sehr gedrückten Preisen, die mit den anhaltend steigenden Herstellungskosten nicht im Einklang stehen. Des Weiteren besteht zwischen den erhöhten Preisen der Rohstoffe und den steigenden Löhnen, Gehältern und allgemeinen Unterhaltsverhältnissen es überhaupt, daß der Geschäftszweig aus-

dem Aufschwung der Werkzeugmaschinen gebrauchenden Industrie den entsprechenden Nutzen zu ziehen vermag. Die Beschäftigung der Fabriken ist auch zurzeit noch recht gut, so daß die Betriebe allgemein mit Aufträgen auf längere Zeit versehen sind und auf einen im ganzen befriedigenden Abschluß des Kalenderjahres gerechnet werden kann, wenn die politischen Ereignisse, die bisher einen merklichen Einfluß auf den Geschäftszweig erfreulicherweise nicht ausgeübt haben, keine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage herbeiführen.“

Die Behauptung, daß die „ständig“ steigenden Löhne mit Schuld daran seien, daß die Fabriken aus dem Aufschwung nicht den entsprechenden Nutzen ziehen können, ist nicht erst zu nehmen. Es ist dies eine seit Jahr und Tag bei allen Unternehmervereinigungen ständig wiederkehrende Redensart, die durch ihre stereotypische Wiederholung nicht an Wahrscheinlichkeit gewonnen hat. Redensarten sind keine Beweise; letztere sind aber von den Fabrikantenverbänden bis jetzt nicht erbracht worden, folglich ...!

Zu Millionen Kirchenaustritten fordert die Zeitschrift des sozialdemokratischen Radfahrerbundes „Solidarität“ auf. Zu Nr. 389 vom 15. Oktober 1912 macht sich der „Arbeiterradfahrer“ einen Artikel der „Chemnitzer Volksstimme“ (Nr. 231 vom 4. Oktober 1912) zu eigen, in dem die Handhabung des deutschen Vereinsgesetzes gegenüber der „freien“ Jugendbewegung und den „neutralen“ Arbeiterradfahrervereinen besprochen wird, darin findet sich folgende Stelle:

„Die einzig richtige Antwort aller Arbeiter, die von irgend welchen deraartigen Maßnahmen betroffen werden, heißt Kirchenaustritt. Das ist der Weg zur Abwehr und Hilfe, und auf einen Schmelzen setzt man anderwärts! Wo ein Arbeiter oder sein Kind von solchen Schikanen betroffen wird, da trete nicht er allein, sondern mit seiner ganzen Familie aus der so toleranten, liebenden christlichen Kirche aus — wollen sehen, wer gewinnt: Millionen Kirchenaustritte gegen Hunderttausend Strafbefehle! Das ist der Weg!“

Obwohl diese Zeilen fett und zum Teil noch gesperrt gedruckt sind, sieht sich der „Arbeiterradfahrer“ als Sportsorgan veranlaßt alles nochmals zu unterstreichen mit folgenden Worten:

„Wir haben dem Artikel weiter nichts hinzuzufügen als die Bemerkung, daß die Schlussfolgerung unseren ungeteilten Beifall finden, selbst auf die Gefahr hin, daß die gesamte reaktionäre blaue und schwarze Presse — die „Concordia“, das Organ des christlichen Radfahrerverbandes eingeschlossen — unseren Bund zum so und sovielen Male als sozialdemokratisch und kirchenfeindlich ausbreitet!“

Wenn die hilfswilligen Organisationen des Unglaubens, vom „Verein für ethische Kultur“ bis zum „Monisten- und Freidenkerbund“, die Aufforderung zum Massenaustritt aus der Kirche ins Land hineinrufen, so ist das noch zu begreifen, das haben sie sich zur Aufgabe gemacht; wenn man aber den Aufruf zu Millionen Kirchenaustritten in dem Organ eines Verbandes liest, der sich Pflege und Hebung des Sports zum Ziele gesetzt, so greift man sich unwillkürlich an die Stirn und fragt sich: Haben wir denn seit Jahren in Deutschland geschlafen, daß eine Sportsvereinigung zu solcher Kühnheit kommen konnte. Gegen solche Annahme ist die Selbsthilfe das einzige Heilmittel. Aufgabe der christlichen und nationalgejüngten Radfahrer ist es, durch Beitritt zum deutschen Rad- und Motorfahrerverband „Koncordia“ (Sitz Bamberg) der sozialdemokratischen Annahme ein wirksames Gegengewicht entgegenzustellen.

Eine Charakterzeichnung über Karl Kautsky, den „wissenschaftlichen“ Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, entworfen von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein, finden wir in den „Sozialistischen Monatsheften“ S. 1413/1912. Wir wollen sie unseren Kollegen nicht vorenthalten. Bernstein schreibt:

„Und das ist derselbe K. Kautsky, der, als ich seinerzeit in einem Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein den sehr viel milderen Gedanken ausführte, daß der Sozialismus als Lehre einer kämpfenden und vorwärtsdrängenden Partei notwendigerweise und berechtigterweise, was die erstrebte Zukunftsgesellschaft anlangt, ein Stück Utopismus in Gestalt von Idealbegriffen umschließen, nicht genug über Rückkehr von der Wissenschaft zur Utopie höhnen konnte. Damals konnte mich diese seine Art zu diskutieren noch reizen. Seitdem habe ich aber längst einsehen gelernt, daß er nach seiner geistigen Anlage einfach nicht anders kann. Er wird immer in dieser Weise polemisieren. „Er dreht sich links, er dreht sich rechts, der Kopf hängt immer hinten.“ Die Theorie, die er zu verstehen glaubt, verbietet nach ihrer philosophischen Grundlage gegnerische Auffassungen moralisch abzuurteilen. Im Gegensatz zu ihr ist aber K. Kautsky stets merkwürdig schnell dabei, Gegnern seiner theoretischen Anschauungen moralisch eins anzuhängen.“

Dieses Kabinettsbüchchen ist ein weiteres Glied in der endlosen Kette der sozialdemokratischen „Brüderlichkeit“, die in Wirklichkeit nur in der Phantasie der gegängelten roten Masse existiert.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Werdohl.** Die Firma Gebr. Honsel in Werdohl ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

**Dr. Glabbach.** Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisenwerke, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

**Machen.** Bei der Firma Paulus, Bauhilfserei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

**Düsseldorf.** Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Afford- und Lohnarbeit stehen bei der Firma Gebr. Anden, Sattelmachfabrik die Schmiede, Zuschläger, Werkzeug- und Reparaturglöfker im Streik.



**Dortmund-Minnen.** Ueber die Stahlgießerei des Minnenen Fußstahlwerks ist die Sperre verhängt. Former und Kernmacher werden vor Zutritt abgewartet.

**Dortmund.** Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber, Morisgasse, für die in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter ist gesperrt. Bauarbeiter, Klempner usw. werden deshalb ersucht, den Arbeitsnachweis zu meiden.

**Wenden.** Bei der Firma Schmölle & Co. stehen sämtliche Kollegen im Streik. Ca. 1400 Arbeiter sind ausgesperrt und die Gesamtkündigung erfolgt.

**Düren-Rietdorf.** An der Dürener Metall-Fabrik Rufferath & Co. stehen die Arbeiter wegen Lohn-differenzen im Streik.

**Osnabrück.** Die Former der Firma Arndt, Kretschel & Co. stehen im Streik. — Die Drahtzieher des Kupfer- und Drahtwerkes Osnabrück stehen in Kündigung.

**Mandelbura.** Bei der Firma H. Mundlos & Co., Nähmaschinenfabrik stehen die Arbeiter wegen Lohnfor-dierungen im Streik.

**Gevelsberg.** Bei der Firma „Westalia“ stehen die Arbeiter wegen Herabsetzung der Akkordpreise im Streik.

**Stolberg.** Ueber die Betriebe der Firma Prym in Stolberg ist die Sperre verhängt.

**Röln.** Bei verschiedenen Firmen stehen die Bau-schlosser wegen Lohn-differenzen im Streik. Zureisende Kol-legen haben sich daher auf der Geschäftsstelle, Palmstr. 14 zu melden.

### Zuzug ist fernzuhalten.

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. Dezember der neunundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Dezember fällig.

Der Fragebogen für das Adressenverzeichnis fehlt noch von einer großen Zahl der Verwaltungen. Da beim Neudruck alle inzwischen eingetretenen Adressenänderungen berücksichtigt werden sollen, ist die umgehende Ein-sendung aller noch ausstehenden Fragebogen unbedingt notwendig.

### Neue Beitragsmarken!

Bei der Bestellung von Beitrags- und sonstigen Mar-ken wolle man berücksichtigen, daß mit Jahres-schluß alle Marken in einer anderen Farbe zur Verwendung kommen. Deshalb bestelle man von den bisherigen Marken nur noch das Notwendige.

Die Zusendung der neuen Marken erfolgt im nächsten Monat so frühzeitig, daß die Ausgabe in den Verwaltungs-stellen noch vor Jahres-schluß erfolgen kann. Soweit sich jetzt schon übersehen läßt, daß Beitragsmarken zu 80 Pfg., resp. 40 Pfg. in größerer Zahl übrig bleiben, wolle man diese Marken umgehend an die Zentrale zurücksenden, damit ein Nachdruck dieser ausgegangenen Markenforten vermieden werden kann. Diese Marken wer-den dann sofort dem Konto der Verwaltungsstelle abge-schrieben.

### Die graue Zahlkarte

zur Reichsarbeitslosenstatistik lag der Sammellisten-sendung bei. Diese Karte ist am 1. Dezember auszufüllen und spä-testens am Dienstag, d. 3. Dezember abzu-senden.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Obereschieß.** Am 26. Oktober hielten wir in Ober-eschieß eine öffentliche Versammlung unter Leitung des Kol-legen Keil ab. Zur besonderen Freude gereichte es uns, unsern neuen Bezirksleiter, Kollegen Konrad aus Nürnberg, begrü-ßen zu können. Interessant waren seine Ausführungen be-züglich der Errungenschaften der Staatsarbeiter. Wie bekannt, trat der christliche Metallarbeiterverband mit zwei Petitionen an den hohen Landtag heran, bezüglich Aufbesserung der Löhne und Regelung des Knappschaftsversichens. Es war in ersterer Petition um eine tägliche Lohn-erhöhung gebeten von 30 Pfg. Es sind uns hundertfünfzig Güttenarbeitern 20 Pfg. zuge-standen worden. Wahrscheinlich ein glänzender Teilerfolg. Nach ein-gehender Besprechung der Verhältnisse im Bezirk schloß Kollege Konrad seine sachlichen Ausführungen.

Es schloß sich eine recht rege Diskussion an, welche zeigte, daß alle anwesenden Kollegen mit den sachlichen Darbietungen recht einverstanden waren. Nach einem interessanten Schluß-wort des Bezirksleiters schloß Kollege Keil die so schön verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

Drei Kollegen sind wieder in unsere Reihen getreten und es zeigte sich, daß diese Versammlung auch Früchte getragen hat. Kollegen von Obereschieß, wiederum sind wir einen Schritt vorwärts gekommen. Da es gerade die staatlichen Hülfsarbeiter sind, bei denen die Löhne noch weit zurückstehen hinter denen der Privatindustrie und die Steigerung der Le-bensmittelpreise mit der Steigerung der Löhne nicht in Ein-klang zu bringen ist, so muß unsere Parole lauten, vorwärts, immer vorwärts, und nicht rückwärts. Wer war es, der uns diese Lohn-erhöhung brachte? Vielleicht die Unorganisierten? Vielleicht diejenigen, die im Wirtschaftshaus das größte Gelden-maul führen? Waren es die, die selbst einen organisierten Kollegen dazu zu verleiten suchten, ihrer Parole zu folgen und Kriecherdienste zu leisten? Nein, Kollegen, kein anderer als der christliche Metallarbeiterverband! Auch in Ober-eschieß muß noch viel geschehen unter den Kollegen. Kollegial gegenüber seinen Arbeitskollegen sein, ist die erste Pflicht eines

Gewerkschaftlers. Darum Kollegen, etwas in sich führen. Die älteren Kollegen müssen vorangehen, dann wird unsere Arbeit auch gute Früchte zu verzeichnen haben. Alle geben sich selbst zu, daß, seit wir uns dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen haben, es sich in Obereschieß um vieles ge-bessert hat. Aber dennoch finden wir noch Kollegen, die un-zufrieden sind mit den Errungenschaften des Verbandes. Ja, warum? Eben weil sie nicht mitgearbeitet haben an seiner Ausbreitung und Stärkung. Würde der letzte Kollege von Ober-eschieß in unseren Reihen, es wäre wahrlich besser gestellt. Nun, so wollen wir weiterarbeiten zur Stärkung unseres Ver-bandes. An den Kollegen ist es es jetzt, die erhaltenen An-regungen in die Tat umzusetzen.

**Geisweid.** Mit Riesenschritten geht das Jahr seinem Ende entgegen und noch ist das Ziel, welches wir uns auf der letzten Generalversammlung gestellt hatten, nicht erreicht. Nur wenige Wochen trennen uns von dem Tage, wo sich der Gewerkschaftler wiederum die Frage vorlegen muß: „Wirst du ein arbeitsfreudiges Verbandsmitglied und ein nimmer müder Agitator?“ Da muß sich leider auch aus unserer Ortsgruppe so mancher Kollege sagen, daß er die Interessen seines Verbandes, also seine Interessen, nicht in der rechten Weise wahrgenommen hat, sondern daß er bei einzelnem gutem Willen mehr für seinen Verband hätte tun können. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir nun in den letzten Wochen noch möglichst das Veräumte nachholen.

Gerade jetzt ist die Zeit am günstigsten für eine wirk-same Agitation. An Agitationsstoff mangelt es wahrhaftig nicht. Geben wir uns einmal die Gewinne der einzelnen Werke, z. B. der Geisweider Eisenwerke an. Nicht weniger als 17 % Dividende gelangen zur Verteilung, gegen 13 % im Vorjahre. Da kann man wohl die Frage aufwerfen: „Ist denn der Lohn der Arbeiterschaft auch in dem Maße gestiegen?“ — Wohl soll anerkannt werden, daß in manchen Abteilungen der Lohn in die Höhe gegangen ist, aber keineswegs ist dieses auf eine Lohn-erhöhung zurückzuführen, sondern diese Steige-rung ist nur eine Folge der Mehrproduktion. So wurden in einer Abteilung im vergangenen Jahre 5220 Tonnen mehr produziert als im vorhergehenden. Bei manchen Arbeiter-kategorien hat der Lohn keineswegs mit dem Aufschwüngen der Lebensmittelpreise gleichen Schritt gehalten. Vielfach wird aber auch ein höherer Lohn durch Ueberschichten und Sonntags-arbeit verdient. Gerade darin aber liegt eine Gefahr für die Arbeiterschaft, denn selbstredend fallen diese Dinge beim Eintreten einer Wirtschaftskrise möglichst fort und somit auch der dadurch erhöhte Lohn. Dann hat aber der Arbeitgeber eine Handhabe, vor aller Öffentlichkeit mit einem Schein von Macht zu behaupten, daß er seine Arbeiter „human“ behan-delt und ihnen keine Lohnabzüge mache. Das alles sollte endlich auch der letzte Arbeiter von Geisweid einsehen. Die gute Konjunktur ist doch nicht allein dazu da, gedankenlos in den Tag hineinleben, weil sie ein halbwegs anständiges Leben ermöglicht. Nein, ebenso wie der Arbeitgeber seinen Gewinn in guten Zeiten für die schlechten beiseite legt, hat auch der Arbeiter das Recht und die Pflicht, für kommende schwere Tage zu sorgen. Meistens ist es jedoch so, daß der Arbeiter wenig oder garnichts auf die hohe Kante legen kann. Wenn er seinen Jahresabschluß macht, kommt er meistens zu dem Ergebnis: „Null von Null bleibt nichts.“

Die übrigen Mißstände, wie Uebertretung der Bundes-ratsverordnung, Sonntagsarbeit etc., wollen wir gar nicht näher untersuchen, denn die Kollegen spüren es ja am eigenen Leibe, wie es hiermit steht. Jedenfalls zeigen uns diese Dinge, daß es hohe Zeit ist, daß die alten Gewerkschaftler wieder mehr aus der Reserve heraus, vor die Front müssen. Den in-differenten Kollegen muß klar gemacht werden, daß wir nicht während der Hochkonjunktur hinter dem Ofen hocken und schlafen sollen. Arbeiten und Opfer bringen, das ist unsere Aufgabe, damit wir bei eintretender Krise gerüstet sind. Des-halb Kollegen, diese letzten Wochen nicht unbenutzt verstreichen lassen, ein jeder muß bestrebt sein, das Veräumte nachzuholen.

**Frankenthal.** Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird auch unsere sonst so rote Stadt bald vom „Gelben Fieber“ heimgesucht. Seit einiger Zeit verteilt man hier jede Woche das „Süddeutsche Arbeiterblatt“. (Redakteur Franz Hilbig-Mannheim, seines Zeichens gelber Sekretär dorthelbst). Die Frankenthaler Metallgewerkschaft haben den Boden vorbereitet, auf dem schließlich „Blutabschöpfen“ gedeihen können. Sie haben seit Jahren ihre Genossen mit allen möglichen rabiaten Trübsen und unbrauchbaren Versprechungen großgezogen. Nun, da die zu hoch gesteckten Wünsche nicht in Erfüllung gehen, wenigstens so nicht, wie man dachte, verlassen eine „Anzahl Ratten“ das brüchige Schiff. Das haben Herr Hilbig und seine Hintermänner auch gemerkt und nun erscheint er als „rettender Engel“ auf dem Plane, um die irre geführte Ar-beiterschaft zu „beglücken.“

Was von den Notizen im Laufe der Jahre alles zusammen-gefaßt wurde, haben wir fast stets in unserm Verbands-organ festgelegt und brauchen dies deshalb aus Rücksicht auf den wertvollen Raum hier nicht mehr zu wiederholen. Unsere Kollegen hatten wir für widerstandsfähig genug, daß sie nicht auf den „gelben Seim“ trafen, zumal ja die Arbeitsverhältnisse gar keine Veranlassung dazu bieten. Gewiß ist eine Firma da, die bisher ein verhältnismäßig hübsches Benehmen gegen-über der Arbeiterschaft an den Tag legte. Jedoch entbehren manche alten „Wohlfahrts-einrichtungen“ eines unangenehmen Beigeschmacks nicht. Darüber müssen sich auch jene Arbeiter klar werden, die sich alljährlich einmal im Genusse der Ein-richtungen fühlen und ihre wohlthätige Wirkung überschätzen, daß durch die neueren Klauseln, welche den Genuß erst ermög-lichen, die ganze „Wohlfahrts-einrichtung“ den Charakter einer solchen fast ganz verliert.

Daß es so kam, daran sind die Genossen nicht unschuldig. Haben sie doch bei verschiedenen Anlässen, Bewegungen usw. gegenüber andern Firmen diese immer über den Schellenknig als nachahmenswert gelobt. Darum ist es verständlich, wenn die Arbeitgeber sich nun darauf etwas zugute tun und der Mei-nung werden, daß sie etwas Außergewöhnliches tun und daß sie dem vermeintlichen Unbause, den sie ernteten, durch gewisse Klauseln steuern müßten. Von unserer Seite ist das Un-erkenntnis an den „Wohlfahrts-einrichtungen“ immer aner-kannt und jeder unbedachte Angriff auch immer mißbilligt worden.

Wir werden uns daher weder durch die eine noch die andere Maßnahme der Gelben sowohl wie der Unternehmer und Sozialisten irre führen und täuschen lassen. Im Ge-gentheil! Mit klarem Blick unter Würdigung der Tatsachen, wie sie liegen, unermüdet weiter arbeiten an der Stärkung unserer Organisation zum Schutze der Metallarbeiter, vor gelben und roten Uebergriffen und Mordkuchentritten. Darum Metallarbeiter Frankenthals, hinein in den christlichen Me-tallarbeiterverband.

**Woburn.** In Nummer 48 unseres Verbandsorgans wird berichtet, daß unser oberster Chef, Herr Staatsminister von Brünig, folgendes gesagt hat: „Gegen Beamte, die es an der Behandlung der Arbeiter, und gegen Werks- und Be-triebsleiter, die es an der nötigen Kontrolle des unmittelbaren Arbeiter vorgelegten Aufsichtspersonals fehlen ließen, werde er unmissverständlich vorgehen. Eine humane Behandlung der Ar-beiter müsse er schon vom allgemein menschlichen Standpunkt aus verlangen.“

Wenn irgendwo die Behandlung der Arbeiter zu wünschen übrig läßt, dann bei uns. Schon des öfteren haben wir über Uebergriffe von Vorgesetzten aus der Gießerei und Emailiererei Klage geführt. Gegenwärtig scheinen auch wieder mal alle Puppen am Latzen zu sein. In den Landtagsverhandlungen sind ja verschiedene der Herren unter die Räder gekommen, aber es scheint schon wieder alles vergessen zu sein. Wir gehen heute auf die neueren Klagen hier nicht näher ein. Dazu wird sich an Ort und Stelle bessere Gelegenheit bieten. Eines aber sagen wir zur Beruhigung unserer Kollegen: „Wir wissen aus guter Quelle, daß es mit dortigen Beamten halb anders werden wird. Wenn wir noch ein Wort sagen dür-fen, dann dieses: je eher letzteres geschieht, desto besser. „Land-graf, werde hart.“

**Weiherhammer.** Am Montag, den 18. November fand in Weiherhammer eine große, von unserem Verband einberufene Arbeiterversammlung statt, in welcher Abgeordneter Steets-Muerbach das Referat erstattete. Letzteres befaßte sich mit den Verhandlungen im Landtag über die Staatsarbeiter-verhältnisse. Die Gütterschenke war Kopf an Kopf gefüllt; auch einige Beamte und Gäste waren erschienen. Die Verhand-lungen im Landtag nahmen diesmal einen breiteren Raum ein als in früheren Jahren. Die Arbeiter von Weiherhammer haben sich bekanntlich durch die Petition des christlichen Metall-arbeiterverbandes an den Landtag getrieben. Dieses war von Erfolg. Eingehend wurde über die Arbeitsverhältnisse, d. i. Arbeitszeit, Strafen, Arbeiterauswurf, Akkordverfälschun-gen usw. verhandelt. (Wir unterlassen es, die näheren Aus-führungen des hochverdienten Herrn Abgeordneten hier anzu-führen, bitten aber unsere Kollegen, dafür die Berichte über die Verhandlungen im Landtag in den letzten Nummern un-seres Organs genau zu studieren.)

Referent dankte besonders dem Herrn Abg. Frank-Witten, da er ihn öfters durch Rat und Tat in seinen Arbeiten für die Staatsarbeiter unterstützt habe. Besonders „fein“ haben sich die Herren Sozialdemokraten benommen. Sie glaubten zunächst, daß die Staatsarbeiter nichts erhalten würden und meldeten dies auch in ihren Zeitungen. Der Landtag nahm dann den Lotterievertrag an und dadurch wurden Mittel für die Staatsarbeiter flüssig gemacht. Die Sozialisten erst ganz paß und versuchten darauf, durch hohe Forderungen die an-deren Parteien in den Hintergrund zu drängen. Zum Schluß aber, das ist das Schöne, lehnten sie, trotzdem sie die höchsten Anforderungen gestellt, das Budget ab. (Politik der Kinder entweder alles oder nichts.)

Am Schluß der Rede forderte Abg. Steets alle An-wesenden auf, fest und treu bei der Sache zu bleiben. Alle Arbeiter von Weiherhammer gehörten in den christlichen Me-tallarbeiterverband. Erst dadurch könnten die Wünsche der Staatsarbeiter wirksam vertreten werden. Ein auf unserm Prinzipien ausgebautes Hoch fand begeisterte Aufnahme.

In der Diskussion sprachen auch einige Gäste. Die Ver-sammlung sollte auch ihnen dank. Von einem Kollegen wurde dem Herrn Abgeordneten der Dank der Versammlung für ihre Arbeiten durch ein kräftiges Hoch dargebracht. Die Anwesenden waren der Meinung, daß in Weiherhammer noch nie eine solche schöne Versammlung stattgefunden hat.

**Duisburg-Merfeld.** Im Jahre 1911 hat unsere Orts-gruppe durch nachhaltige Werbearbeit die Mitgliedszahl vergrößert. Allgemein wurde angenommen, daß auch das laufende Jahr eine weitere Aufwärtsentwicklung bringen werde. Die Voraussetzungen dazu waren gegeben. Wir haben einen Stamm alter Gewerkschaftler, der bedeutendes zu leisten in der Lage ist, wenn er nur — will. Die Industrieverhältnisse sind, im Vergleich zu der Umgebung, für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung günstig gelagert. Während in der Umgebung fast nur Betriebe der Großindustrie zu finden sind, ist im Be-reich unserer Ortsgruppe der Mittelbetrieb und das Klein-gewerbe stark vertreten. Die Voraussetzungen für die Entwic-kelung unseres Verbandes sind also so günstig, wie in keiner Zahlstelle der Duisburger Ortsverwaltung. Die Neuborfer Kol-legen haben aber nicht die günstige Situation ausgenutzt, sondern sich auf den errungenen Vorbeeren des Vorjahres ausgerichtet. Es haben sich deshalb in dieser Gruppe Zustände entwickelt, die im Interesse unserer Sache nicht länger anhalten können. Da die Kollegen persönlichen Vorhaltungen gegenüber keinen Wert be-legen, sind wir gezwungen, das Verbandsorgan in Anspruch zu nehmen, um eine Besserung herbeizuführen.

Auf Einladungen reagiert die Mehrzahl unserer Mitglieder überhaupt nicht. Die Folge ist, daß die Veranstaltungen schlecht besucht werden. Es ist besänftend, daß manchmal nur ein-bauden Mitglieder in den Versammlungen erscheinen. Die Ver-trauensmänner gehen hier mit schlechtem Beispiel voran. Kommt es doch vor, daß von 30 eingeladenen Vertrauensmännern ganze 6 erscheinen. Wenn die Vertrauensmänner so wenig In-teresse an den Tag legen, denn braucht sich niemand zu wundern, daß sich auch die Mitglieder an keine Einladung stören. Der Vorstand veranstaltet keine Sitzung zum Vergnügen, sondern dazu, damit wichtige Verbandsangelegenheiten erledigt werden. Von jedem Kollegen, der darauf Anspruch macht, ein vollwer-tiger Gewerkschaftler zu sein, muß verlangt werden, daß er die Einladungen mehr beachtet. Wir stehen jetzt überall mitten in der Hausagitation. Die Neuborfer Kollegen haben im verflochtenen Jahre bedeutendes auf diesem Gebiete ge-leistet. Mindestens 30 Kollegen könnten an der Hausagitation teilnehmen. Am Sonntag den 17. November stellten sich nur ganze 2 Mann, zu dieser wichtigen Arbeit. Die Kollegen brau-chen sich dann nicht zu wundern, wenn andere Gruppen große Erfolge buchen können, sie aber mit leeren Händen dastehen müssen. Durch die Gleichgültigkeit der Neuborfer Kollegen wird das Gesamtergebnis der Ortsverwaltung stark herabgedrückt. Deshalb wird auch der Vorstand der Ortsverwaltung diesen Zuständen nicht ruhig zusehen. Auf der nächsten Jahres-Ge-neralversammlung wird ein ernstes Wort geredet werden müssen.

Wir hoffen, daß die Neuborfer Kollegen die obigen Zeilen beherzigen. Jeder einzelne muß sich in den Dienst der Organi-sation stellen. Da es in der ganzen Duisburger Ortsverwal-tung vorwärts geht, müssen alle Neuborfer Kollegen dazu beitragen, daß auch ihre Ortsgruppe an den Gesamtergebnissen beteiligt ist. Die letzten Wochen dieses Jahres müssen einer nachhaltigen Werbearbeit gewidmet sein.



**Brachwede.** Am 19. Oktober richtete das christliche Gewerkschaftskartell Brachwede an Gemeindevorstand und Vertretung eine Eingabe um Milderung der Steuerung. In der Begründung wurde ausgeführt: Die augenblickliche Steuerung treffe besonders die Arbeiterklasse schwer und sei fast unerträglich geworden, so daß der notwendige Einkauf für den Winterbedarf in Frage gestellt sei. „Eine Anzahl Städte und Gemeinden,“ so wurde weiter ausgeführt, „sind dazu übergegangen, die Viehschlachtungen in eigene Regie zu übernehmen. Ebenso haben selbst kleine Gemeinden Fischerkaufstellen eingerichtet, um so der Bevölkerung eine Verbilligung der notwendigen Lebensmittel ermöglichen zu können. Wir bitten, im Namen der christlich organisierten Arbeiter von Brachwede, daß auch der hiesige Gemeindevorstand: 1. Den Verkauf von Seefischen in die Hand nimmt und dieselben zu billigen Preisen an näher zu bezeichnenden Tagen abgibt; 2. Viehschlachtungen in eigener Regie vornimmt, um auch hierdurch den Arbeiterländen den Preisgemäß in einem größeren Maße zu ermöglichen.“

Der Gemeindevorstand hat sich in dankenswerter Weise der Sache angenommen und heute kostet das Pfund Fleisch 75 Pfg., durch die Gemeinde verkauft. Aber die anderen Schlächter können es jetzt noch billiger, da kosten  $4\frac{1}{2}$  Pfund Fleisch nur 3 Mark. Es hat also vorzüglich gewirkt.

Die Genossen hatten sich extra den Reichstagsabgeordneten Genossen Reil aus Elstertal kommen lassen. Mit ihnen wurde dann die gegenwärtige Steuerung in einer öffentlichen Versammlung behandelt, aber der Schlusssatz war der, daß die Genossen keine Mittel ergreifen, um auf die Preise der notwendigen Lebensmittel einzuwirken. Dieses überließ man den christlichen Gewerkschaften, die durch ihre Eingabe mehr erreicht, als die Genossen durch ihre großen Töne in der öffentlichen Versammlung. Die Genossen hätten viel eher Gelegenheit gehabt etwas zu tun, weil sie im Gemeindefolkium die ganze dritte Abteilung besetzt haben. Aber man sieht hieraus, daß die Genossen zur Hebung der Lage des Arbeiterlandes nichts tun. Hoffentlich sucht sich die hiesige Arbeiterklasse in Zukunft andere Wege aus, Leute die das Zeug und den Mut haben, die Interessen der unteren Volksklassen besser zu vertreten, als wie es bisher durch die Genossen geschah. Für unsere Kollegen aber gilt es, nun mit doppeltem Eifer an dem Ausbau unseres Verbandes zu arbeiten. Die Wintermonate müssen zu eifriger Agitation benutzt werden. Bis zum 1. Januar 1913 muß sich unsere Mitgliederzahl verdoppelt haben, damit wir noch mehr für unseren Stand tun können. Jeder sei ein Agitator für unsere gerechte Sache.

**Düsseldorf.** Die Generalversammlung unserer Ortsverwaltung tagte am Buß- und Bettage im Paulushaus. Es war ihr bereits eine Tagung am 3. November vorausgegangen, die eine erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahlen feststellen konnte. Es wurden gegen das Vorquartal 1363 Beitragsmarken mehr abgeleitet. Die Auszahlung der Unterstützungen erreichte den Betrag von 10 727 Mark. Durch den erstatteten Tätigkeitsbericht wurde eine eingehende Debatte hervorgerufen, die bezeugte, daß reges gewerkschaftliches Leben, sowie eifrige Mitarbeit eines Teils der Mitglieder Erfolge unserer Sache garantieren. Notwendig ist jedoch die allseitige Betätigung. Die Tagung am Buß- und Bettage beschäftigte sich auch in eingehender Weise mit dem sogenannten Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager. Dies war notwendig, um der Hege der Sozialdemokratie entgegenzutreten zu können. In klar verständlichen Ausführungen schilderte Bezirksleiter Kollege Schmitz-Nöln das System der einige tausend Mitglieder zählenden Berliner Fachabteilungen und die Undurchführbarkeit ihrer Ideen unter den deutschen Verhältnissen. Wir christlichen Metallarbeiter könnten also all diejenigen Aufgaben und Arbeiten zur Hebung unseres Standes, die im Rahmen unserer Bewegung liegen, nur verwirklichen, wenn wir bleiben was wir bisher waren, unter der Leitung der von uns selbst gewählten Führern. Die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen hätten den evangelischen und katholischen Metallarbeiter in der Vergangenheit verbunden; so solle und müsse es auch in der Zukunft bleiben und wir würden uns die Selbstständigkeit unserer Bewegung von niemanden nehmen lassen. Was uns in den bisherigen Verbreitungsgebieten unserer Bewegung zusammenführte, gelten auch für alle anderen Gegenden unseres Vaterlandes, in denen wir noch nicht oder nur schwach vertreten seien. Daher könne sich unsere Bewegung kein Gebiet unseres Vaterlandes verschließen lassen. Schon von jeher hätte unsere Bewegung treue Massenbruderschaft auch mit den konfessionellen Arbeitervereinen gepflegt und den Mitgliedern empfohlen, sich den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Junglingsvereinen ihres religiösen Bekenntnisses anzuschließen, wie auch andererseits diese Vereinigungen ihren Mitgliedern den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften ihres Berufes empfehlen. Dies werde selbstredend auch in Zukunft so bleiben — trotz aller gegenteiligen „frommen“ Wünsche der Genossen und anderer „guten Freunde“ unserer Bewegung.

In einem weiteren Referate wurde Stellung zu der verhängten Kampfstellung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen uns genommen. Das Verhalten dieser Organisation fordert das schärfste Mißtrauen geradezu heraus. Ihre hiesige Zeitung brachte es trotz gemeinsamer Durchführung der Kämpfe zur Verführung der Arbeiter fertig, unseren Verband bei einem gemeinsamen Vorgehen bei der Firma Mannesmann-Rath auszuwickeln. Diese Taktik setzen die Genossen auch bei anderen Bewegungen fort. Betriebsversammlungen werden zu einer ausgeprochenen Hege gegen uns hinter verschlossenen Türen abgehalten, in denen keinem Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes das Wort gegeben wird. Die Genossen scheuten sich nicht, in einem während der gemeinsamen Bewegung zur Verteilung gebrachten Angriffsflugblatt die Wahrheit ins Gegenteil umzubiegen und zuletzt noch in einem gemeinsam gehaltenen Betrieb während der bestehenden Sperre organisierte Arbeiter zu senden, damit von sozialdemokratischer Seite die Arbeitsplätze besetzt wurden. Ferner sind die christlich organisierten Arbeiter den Druck satt, der wiederum in letzter Zeit in verschärfter Form von einer Reihe von Fanatikern, ausgedrückt wurde, die die empfangenen Lizenzen durch die Tat befestigen. Zu einer einstimmig angenommenen Resolution unterstrich die Generalversammlung das Referat dahingehend, daß die Mitglieder gehalten sind diejenigen Betriebsversammlungen zu meiden und alle auf unserer Seite stehenden Mitarbeiter von deren Besuch nach Möglichkeit fernzuhalten, die vom sozialdemokratischen sog. „freien“ Metallarbeiterverbande einberufen werden, in denen einem Vertreter unserer Or-

ganisation das Wort nicht erteilt wird. Mitglieder, die auf irgend eine Beeinflussung hin sich zur Teilnahme an solchen Versammlungen am Orte herbei lassen und etwaigen Beschlüssen, wenn auch nur durch ihre Anwesenheit, zustimmen, lassen dies nur für ihre Person und so lange, bis die Versammlung unserer Organisation zu der betreffenden Angelegenheit selbständig Stellung genommen hat. Gemeinschaftliche Bewegungen zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Abwehr als unberechtigt empfundener Entlassungen oder sonstige gemeinsame Aktionen, können nur dann eingeleitet werden, wenn vor der gemeinsamen Versammlung, in der Beschlüsse gefaßt werden sollen, eine Versammlung und Beschlusssatzung unseres Verbandes erfolgt ist.

Durch eine gemeinsam geführte Bewegung darf die Selbstständigkeit unserer Organisation, wie ein sich als notwendig ergebendes Vorgehen unserer Vertreter nicht unterbunden werden. Wichtige Abstimmungen sind getrennt vorzunehmen. Für den S.-D. Gewerksverein der Metallarbeiter bietet das bestehende Vertragsverhältnis die Grundlage gemeinsamen Vorgehens bei vorstehenden Bewegungen. Den sonstigen Bestimmungen unseres Verbandsstatutes ist in allen Fällen Rechnung zu tragen.

Mit der Annahme zweier weiterer Anträge bezüglich Kartellbeiträge und Vertretung der Metallarbeiter im Kartell wurde die anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen.

**Düsseldorf.** Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten hier selbst veranstaltet in nächster Zeit einen staatsbürgerlichen Unterrichtskursus. Folgende Vorträge wurden festgelegt:

- 1912
4. Dezember: Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches bis 887.
11. Dezember: Das Deutsche Reich bis 1495.
18. Dezember: Das Deutsche Reich bis 1806.
- 1913
15. Januar: Die rechtliche Natur des Deutschen Reiches.

8. Januar: Der deutsche Bund, der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich.
22. Januar: Die Reichsorgane und die Reichsgesetzgebung.
29. Januar: Die Verwaltung des Reiches.
12. Februar: Die Verfassung und Verwaltung Preußens.

Die Vorträge finden im Saale des St. Paulushauses, abends punkt  $8\frac{1}{2}$  Uhr statt. Jeder Teilnehmer hat zur Deckung der Unkosten eine Karte zu 50 Pfg. zu entnehmen und ist diese zwecks Kontrolle am Eingange des Saales jedesmal abzustempeln.

Um einen ständigen holländigen Besuch der Kurse zu erzielen, hat der Vorstand den Beschluß gefaßt, daß diejenigen Teilnehmer, die wenigstens sechs Vorträge besucht haben, zum Schluß des Kursus eine Gratispromie zu überreichen. Jeder hat also Gelegenheit, sein Wissen zu bereichern.

Indem wir auf diese lehrreichen Vorträge hinweisen, erwarten wir die Teilnahme sämtlicher Vorstands- und Vertrauensmänner, sowie aller lern- und wißbegierigen Mitglieder unserer Ortsverwaltung.

Teilnehmerkarten sind auf der Geschäftsstelle zu haben.

## Soziale Rechtspredigung.

Ein während der Besperpause im Arbeiter Speisesaal erlittener Unfall ist ein Betriebsunfall.

(H. Nachdruck, auch im Auszug, verboten.)

In den Fabriken, welche besondere Arbeiterbeise-fäle besitzen, sind die Arbeiter meist gehalten, während der Arbeitspausen sich nur im Speisesaal aufzuhalten. Da durch eine solche Bestimmung dieser Aufenthaltsort zu einer Betriebsanordnung geworden ist, so ist ein Unfall darin als versicherungspflichtig im Sinne des § 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes anzusehen. Dies ist der folgenden Entscheidung des Reichsversicherungsamtes zu entnehmen. Die deutsche Werkzeug-Maschinen-Fabrik schrieb in § 9 ihrer Arbeitsordnung vor: „Jugendliche Arbeiter haben sich während der Frühstücks- und Besperpausen außerhalb der Fabrikräume und nur im Arbeiterbeiseaal aufzuhalten.“ Ein Lehrling erlitt nun einen Unfall dadurch, daß ein anderer Lehrling ein Weiberglas auf den Tisch stellte und durch Anstoßen an eine am Tisch befindliche Schraube ein Stück Glas abplitterte, das dem ersten Lehrling ins rechte Auge drang. Die Berufsgenossenschaft und das Schiedsgericht Berlin lehnten eine Entschädigung ab, weil sich der Verletzte in dem Saale fern von dem eigentlichen Gefahrenbereiche befunden habe. Das Reichsversicherungsamt sprach ihm aber die Entschädigung zu. Der Speisesaal, führte es dazu aus, sei durch die oben erwähnte Bestimmung zu einer Betriebsanordnung geworden, wobei dahingestellt bleiben könne, ob diese Maßnahme in erster Linie im Interesse der Lehrlinge oder in dem des Betriebes getroffen worden sei. Der Kläger habe in dem Speisesaal auch nicht eine eigenwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt, denn er habe nicht selbst eine Erfrischung zu sich genommen, sondern in dem Saal nur zufällig in der Nähe des Tisches gestanden, auf den der andere Lehrling das Weiberglas hinsetzte. Der Kläger habe mithin den Unfall erlitten, als er sich auf der Betriebsstätte befand; sein Aufenthalt in dem Speisesaal habe zu dem, nach der Arbeitsordnung ihm obliegenden Verrichtungen gehört und er sei daher gegen Unfälle, die ihn hierbei betrafen, in gleicher Weise versichert, wie bei der eigentlichen Betriebsanordnung. In diesen Umständen sei eine hinreichende ursächliche Verbindung des Betriebes mit dem Unfälle zu erblicken. Die beklagte Berufsgenossenschaft sei deshalb zur Entschädigung des Klägers verpflichtet. (Entscheidung vom 10. Februar 1912.) (Bergl. Sammlung v. Entsch. d. R.-V.-A. S. 27.)

## Literarisches.

Arbeiter-Lesebuch für das Jahr 1913.

Herausgegeben vom Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 264 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg., gebunden in Leinwand 50 Pfg., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania Akt. Ges., Berlin C 2.

Der vorliegende 11. Jahrgang des beliebten und weitverbreiteten Lesebuches für katholische Arbeiter legt in großer Linienzeichnung dar, welche Richtung der Frankfurter Kongress des Kartellverbandes der Arbeit der katholischen Arbeitervereine gegeben hat, welche standesbildenden Kräfte sie pflegen müssen und welcher Grundgedanke sie leiten muß. „Nach 30-jähriger Entwicklung“, so heißt es im Vorwort, „steht unsere katholischen Arbeitervereine in voller Manneskraft da, unter den konfessionellen Arbeitervereinen die stärkste und aus beste ausgebaute Gruppe, an Mitgliederzahl fast gleich den christlichen Gewerkschaften, zu denen sie in brüderlicher Treue stehen.“

Aus dem, wie immer, reichhaltigen und gebienden Inhalte des vorliegenden Jahrgangs haben wir an dieser Stelle hervor: „Der Frankfurter Arbeiterkongress“, der in sieben Unterkapiteln ausführlich behandelt wird; die Arbeitervertreter in der Reichsversicherungsordnung, das interessante und lehrreiche Kapitel „Zukunft“, im vierten Kapitel finden wir die aktuellen Aufsätze: Aus der Arbeit des Kartellverbandes, Die katholischen Gesellenvereine, Zentralverband katholischer Jugendvereinigungen Deutschlands, Von den Arbeiterinnennovizen, Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. Dann folgt das bekannte wertvolle „Soziale Adressbuch“ u. — Mögen recht viele unserer katholischen Kollegen nach dem billigen und praktischen Büchlein greifen, im Interesse der Sache und zu eigenem Nutzen.

## Versammlungsstammler.

Kollegen und Kolleginnen!

Verämnt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 30. November.

Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Düsternstraße 1.  
Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weinmarktshaus.  
Hamburg. Abends 8.30 Uhr bei Dufendings, Falkstraße 97.  
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr „zur Matzsch“, Neumarkt 18.  
Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Weinmann.

Sonntag, den 1. Dezember.

Reckheim. Versammlung im „Strich“.  
Reckheim. Vorm. 10 Uhr bei E. Schraffe, am Markt.  
Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Gärtnerheim“, Ertelstraße 58.

Call. Nachm. 5 Uhr bei Heimrich in Call, Brtm. u. Mitgliedervert.  
Lauten. Nachm. 2 Uhr im St. Joleishaus.  
Dortmund. Nachm. 8 Uhr im Reinoldshaus, Althofstraße, öffentl. Kartell-Versammlung. Tagesordnung: „Die christlichen Gewerkschaften und die jüngsten Kämpfe“. Ref.: Kollege Helm, Jünglings-Ges. Die Mitglieder müssen durch vollständigen Besuch die Versammlung zu einer machvollen Kundgebung für die christlichen Gewerkschaften.

Dortmund-Schüren. Vorm. 11 Uhr bei Weinhold.  
Dortmund-Baron. Nachm. 4 Uhr bei W. Schmitt.  
Düren-Mörsdorf bei Gehr, Mitgliederversammlung.

Duisburg. Morgens 11 Uhr im Arbeiterheim, Seitenstraße 19, öffentliche Versammlung. Ref.: Verbandsvorsitzender Wieser.  
Duisburg. Nachm. 3 Uhr im „Bahnhof“.

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 10.30 Uhr gemeinsame Versammlung. Tagesordnung: „Die christlichen Gewerkschaften und die jüngsten Kämpfe“. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrenpflicht.

Essen-Stadt, Nordost und Südost. Abends 7 Uhr bei Spahn.  
Essen-Carnab. Nachm. 4.30 Uhr in Horn-Emischer bei Th. Hollmann.  
Essen-Höflichermann. Abends 7 Uhr bei Buchner.

Essen-Strele-Kr. Vorm. 11 Uhr in Steele bei Seebon.  
Geilenkirchen-Sülken. Vorm. 11 Uhr bei Nachbarschulte.  
Hamborn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt.  
Karlshöhe. Vorm. 10 Uhr Vorstands- u. Brtm.-Sitzung mit Abrechnung im Palmgarten.

Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Höntgesberg, Breuerstraße 14.  
Köln-Ring. Morgens 11 Uhr bei Eitz, Döhlmerstraße.  
Köln-Poll. Morgens 11 Uhr bei Fehlbender, Hauptstraße 28.  
Lübbecke. Vorm. 11 Uhr bei G. Diemer, Wilhelmstraße.

Reheim-Sachsen. Vorm. 11.15 Uhr bei Függe in Enthalen.  
Reheim-Angendadt. Nachm. 8.30 Uhr im Gesellenhause.  
Reheim-Sundern. Nachm. 5 Uhr bei Winkel.  
Schalksmühle. Nachm. 5 Uhr bei W. Bedder, Hölverstraße.

Schelm. Vorm. 11 Uhr bei Mele, Bahnhofstraße.  
Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meertagstafel.

Mittwoch, den 4. Dezember.

Dortmund-Kleinwerbe. Abends 9 Uhr im öffentl. Gewerkschaftshaus.  
Dortmund-Görne. Abends 8.30 Uhr bei Drees, Ralferstraße.

Dortmund-Görne. Abends 8.30 Uhr bei Drees, Ralferstraße.  
Dortmund-Görne. Abends 8.30 Uhr bei Drees, Ralferstraße.  
Dortmund-Görne. Abends 8.30 Uhr bei Drees, Ralferstraße.

Freitag, den 6. Dezember.

Saltern. Abends 8.30 Uhr im Verbandshaus.  
Saltern. Abends 8.30 Uhr im Verbandshaus.  
Saltern. Abends 8.30 Uhr im Verbandshaus.

Samstag, den 7. Dezember.

Altenhagen. Abends 8.30 Uhr Generalversammlung bei Aug. Steinhans, Baelstraße 1.  
Boele-Kabel. Abends 8.30 Uhr bei J. Schürmann, Hagenerstraße.  
Berlin-Moabit. Versammlung bei Baderst, Gohlfeldstraße 36.  
Duisburg-Kleinwerbe. Abends 8.30 Uhr bei Gaherkamp, Ecke Friedrich-Wilhelm- und Wallstraße.

Düsseldorf-Verbandsstelle. Abends 9 Uhr bei Duerling, Münster-Gasse und V. Ralferstraße 21. Agitationsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder dieses Bezirks zur Erledigung wichtiger Aufgaben ist notwendig.

Eberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Gedeurath, Althofen.  
Eberfeld i. Br. Abends 8.30 Uhr im Unterbrun, Schiffsstraße 7.  
Eberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Ludwig, Mittelstraße 18, Vortrag: „Der Hofschneiderei“.

Karlshöhe. Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Palmgarten.  
Köln-Gumboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Eitz, Wallstraße.  
Reheim-Ortsverwaltung. Nachm. 4.30 Uhr allgemeine Mitglieder-Versammlung mit Frauen im Gesellenhause. Ref.: Kollege Kreil, Dortmund.

Reheim. Abends 9 Uhr bei Eitz, Hauptstraße 17.  
Karlshöhe-Darland. Nachm. 3.30 Uhr im Gasthaus zum Striden.  
Köln-Ehrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Witzkamp, Beulverstraße.  
Weidenich. Morgens 11 Uhr bei Witzkamp.

Ober-Barmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Witzkampstraße.  
Obernhausen. Nachm. 2.30 Uhr Versammlung.  
Strandburg. Vorm. 10.30 Uhr im „Rühner Hof“.

Strandburg. Vorm. 10.30 Uhr im „Rühner Hof“.  
Strandburg. Vorm. 10.30 Uhr im „Rühner Hof“.  
Strandburg. Vorm. 10.30 Uhr im „Rühner Hof“.

Sonntag, den 8. Dezember.

Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Haake, Grumbertstraße 120.  
Düsseldorf-Niederich. Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Weer.  
Düsseldorf-Berdt. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.

Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.  
Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.  
Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.

Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.  
Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.  
Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.

Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.  
Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.  
Düsseldorf-Verbandsstelle. Vorm. 11 Uhr bei Wäfen, Friedelstraße.